



Zu diesem Beschwerdeformular

Dieses Beschwerdeformular ist ein rechtliches Dokument, das Auswirkungen auf Ihre Rechte und Pflichten hat. Bitte folgen Sie der Anleitung im „Merkblatt zum Ausfüllen des Beschwerdeformulars“. Füllen Sie alle Felder aus, die sich auf Ihren Fall beziehen, und legen Sie sämtliche relevanten Unterlagen in Kopie vor.

Achtung: Wenn Ihre Beschwerde unvollständig ist, wird sie nicht angenommen (siehe Artikel 47 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs). Beachten Sie bitte insbesondere Artikel 47 Absatz 2 (a), der vorsieht, dass eine kurz gehaltene Darlegung des Sachverhalts, der geltend gemachten Verletzungen und der Einhaltung der Zulässigkeitsvoraussetzungen in den dafür vorgesehenen Abschnitten des Beschwerdeformulars selbst angegeben werden MUSS. Das ausgefüllte Beschwerdeformular muss den Gerichtshof in die Lage versetzen, die Art und den Umfang der Beschwerde ohne Rückgriff auf andere Dokumente zu bestimmen.

Strichcode-Aufkleber

Falls Sie bereits Strichcode-Aufkleber vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erhalten haben, kleben Sie bitte einen davon in dieses Feld.

Betreff Nr.

Wenn Ihnen zu dieser Beschwerde bereits eine Nummer vom Gerichtshof mitgeteilt wurde, geben Sie diese bitte hier an.

A. Der Beschwerdeführer

A.1. Einzelperson

Dieser Teil richtet sich ausschließlich an natürliche Personen. Wenn der Beschwerdeführer eine Organisation ist, füllen Sie nur Abschnitt A.2 aus.

1. Familienname

2. Vorname(n)

3. Geburtsdatum

1	1	0	4	1	9	5	0
T	T	M	M	J	J	J	J

z. B. 31/12/1960

4. Geburtsort

5. Staatsangehörigkeit

6. Anschrift

7. Telefon (mit internationaler Vorwahl)

8. E-Mail (falls vorhanden)

9. Geschlecht männlich weiblich

A.2. Organisation

Dieser Teil ist nur dann auszufüllen, wenn der Beschwerdeführer eine Firma, Nichtregierungsorganisation, Vereinigung oder sonstige juristische Person ist. In diesem Fall füllen Sie auch Abschnitt D.1 aus.

10. Bezeichnung

11. Identifikationsnummer (falls vorhanden)

12. Tag der Registrierung oder Eintragung (falls vorhanden)

T	T	M	M	J	J	J	J

z. B. 27/09/2012

13. Zweck/Aktivität

14. Eingetragene Anschrift

15. Telefon (mit internationaler Vorwahl)

16. E-Mail

B. Staat(en) gegen den/die sich die Beschwerde richtet

17. Kreuzen Sie den/die Namen des Staates/der Staaten an, gegen den/die sich die Beschwerde richtet.

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> ALB - Albanien | <input type="checkbox"/> ITA - Italien |
| <input type="checkbox"/> AND - Andorra | <input type="checkbox"/> LIE - Liechtenstein |
| <input type="checkbox"/> ARM - Armenien | <input type="checkbox"/> LTU - Litauen |
| <input type="checkbox"/> AUT - Österreich | <input type="checkbox"/> LUX - Luxemburg |
| <input type="checkbox"/> AZE - Aserbaidschan | <input type="checkbox"/> LVA - Lettland |
| <input type="checkbox"/> BEL - Belgien | <input type="checkbox"/> MCO - Monaco |
| <input type="checkbox"/> BGR - Bulgarien | <input type="checkbox"/> MDA - Republik Moldau |
| <input type="checkbox"/> BIH - Bosnien und Herzegovina | <input type="checkbox"/> MKD - Nordmazedonien |
| <input type="checkbox"/> CHE - Schweiz | <input type="checkbox"/> MLT - Malta |
| <input type="checkbox"/> CYP - Zypern | <input type="checkbox"/> MNE - Montenegro |
| <input type="checkbox"/> CZE - Tschechische Republik | <input type="checkbox"/> NLD - Niederlande |
| <input checked="" type="checkbox"/> DEU - Deutschland | <input type="checkbox"/> NOR - Norwegen |
| <input type="checkbox"/> DNK - Dänemark | <input type="checkbox"/> POL - Poland |
| <input type="checkbox"/> ESP - Spanien | <input type="checkbox"/> PRT - Portugal |
| <input type="checkbox"/> EST - Estland | <input type="checkbox"/> ROU - Rumänien |
| <input type="checkbox"/> FIN - Finnland | <input type="checkbox"/> RUS - Russische Föderation |
| <input type="checkbox"/> FRA - Frankreich | <input type="checkbox"/> SMR - San Marino |
| <input type="checkbox"/> GBR - Vereinigtes Königreich | <input type="checkbox"/> SRB - Serbien |
| <input type="checkbox"/> GEO - Georgien | <input type="checkbox"/> SVK - Slowakische Republik |
| <input type="checkbox"/> GRC - Griechenland | <input type="checkbox"/> SVN - Slovenien |
| <input type="checkbox"/> HRV - Kroatien | <input type="checkbox"/> SWE - Schweden |
| <input type="checkbox"/> HUN - Ungarn | <input type="checkbox"/> TUR - Türkei |
| <input type="checkbox"/> IRL - Irland | <input type="checkbox"/> UKR - Ukraine |
| <input type="checkbox"/> ISL - Island | |

C. Bevollmächtigter des Beschwerdeführers (Einzelperson)

Als Einzelperson müssen Sie sich im jetzigen Verfahrensstadium nicht vertreten lassen. Wenn Sie sich nicht vertreten lassen, gehen Sie zu Abschnitt E.

Wird die Beschwerde für eine Einzelperson von einem nichtanwaltlichen Vertreter erhoben (z. B. Verwandter, Freund oder Betreuer), muss der Vertreter Abschnitt C.1 ausfüllen; wird die Beschwerde von einem Rechtsanwalt erhoben, muss dieser Abschnitt C.2 ausfüllen. In beiden Fällen ist Abschnitt C.3 auszufüllen.

C.1. Nicht-rechtsanwaltlicher Vertreter

18. Eigenschaft/Beziehung/Funktion

19. Familienname

20. Vorname(n)

21. Staatsangehörigkeit

22. Anschrift

23. Telefon (mit internationaler Vorwahl)

24. Fax

25. E-Mail

C.2. Rechtsanwalt

26. Familienname

27. Vorname(n)

28. Staatsangehörigkeit

29. Anschrift

30. Telefon (mit internationaler Vorwahl)

31. Fax

32. E-Mail

C.3. Vollmacht

Der Beschwerdeführer muss seinen Vertreter durch seine Unterschrift im ersten der beiden nachfolgenden Felder ermächtigen, in seinem Namen zu handeln; der Bevollmächtigte muss mit seiner Unterschrift im zweiten Feld bestätigen, dass er die Vertretung übernimmt.

Hiermit bevollmächtige ich die oben genannte Person, mich in der nach Artikel 34 der Menschenrechtskonvention erhobenen Beschwerde im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu vertreten.

33. Unterschrift des Beschwerdeführers

34. Datum

T	T	M	M	J	J	J	J

z. B. 27/09/2015

Hiermit stimme ich zu, den Beschwerdeführer in der nach Artikel 34 der Menschenrechtskonvention erhobenen Beschwerde im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu vertreten.

35. Unterschrift des Bevollmächtigten

36. Datum

T	T	M	M	J	J	J	J

z. B. 27/09/2015

Elektronischer Schriftwechsel eComms zwischen Bevollmächtigtem und Gerichtshof

37. E-Mail für den eComms-Kontakt (wenn der Bevollmächtigte bereits eComms nutzt, geben Sie die bereits existierende E-Mail-Adresse für eComms an)

Mit Ihrer Unterschrift in diesem Feld stimmen Sie der Nutzung des eComms-Systems zu.

D. Bevollmächtigter des Beschwerdeführers (Organisation)

Eine Organisation, die als Beschwerdeführer auftritt, muss vor dem Gerichtshof durch eine natürliche Person vertreten werden, die bevollmächtigt ist, in ihrem Namen zu handeln (z. B. ein Geschäftsführer oder ein vertretungsbefugter Repräsentant). Die Angaben zu diesem Vertreter müssen in Abschnitt D.1 gemacht werden.

Bbeauftragt dieser Vertreter einen Rechtsanwalt mit der Vertretung der Organisation, sind zusätzlich die Abschnitte D.2 und D.3 auszufüllen.

D.1. Vertreter der Organisation

38. Eigenschaft/Beziehung/Funktion (bitte Nachweis vorlegen)

39. Familienname

40. Vorname(n)

41. Staatsangehörigkeit

42. Anschrift

43. Telefon (mit internationaler Vorwahl)

44. Fax

45. E-Mail

D.2. Rechtsanwalt

46. Familienname

47. Vorname(n)

48. Staatsangehörigkeit

49. Anschrift

50. Telefon (mit internationaler Vorwahl)

51. Fax

52. E-Mail

D.3. Vollmacht

Der Vertreter der Organisation muss den sie vertretenden Rechtsanwalt durch seine Unterschrift im ersten der beiden nachfolgenden Felder ermächtigen, in seinem Namen zu handeln; der Rechtsanwalt muss mit seiner Unterschrift im zweiten Feld bestätigen, dass er die Vertretung übernimmt.

Hiermit bevollmächtige ich die in Abschnitt D.2 genannte Person, die Organisation in der nach Artikel 34 der Menschenrechtskonvention erhobenen Beschwerde im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu vertreten.

53. Unterschrift des Vertreters der Organisation

54. Datum

T	T	M	M	J	J	J	J

z. B. 27/09/2015

Hiermit stimme ich zu, die Organisation in der nach Artikel 34 der Menschenrechtskonvention erhobenen Beschwerde im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu vertreten.

55. Unterschrift des Rechtsanwalts

56. Datum

T	T	M	M	J	J	J	J

z. B. 27/09/2015

Elektronischer Schriftwechsel eComms zwischen Bevollmächtigtem und Gerichtshof

57. E-Mail für den eComms-Kontakt (wenn der Bevollmächtigte bereits eComms nutzt, geben Sie die bereits existierende E-Mail-Adresse für eComms an)

Mit Ihrer Unterschrift in diesem Feld stimmen Sie der Nutzung des eComms-Systems zu.

Beschwerdegegenstand

Sämtliche Angaben zum Sachverhalt, zu den Beschwerdepunkten und zur Frage der Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs sowie der Einhaltung der Sechs-Monats-Frist nach Artikel 35 Absatz 1 der Konvention müssen in diesem Teil des Beschwerdeformulars dargelegt werden (Abschnitt E, F und G). Es ist nicht möglich, diese Abschnitte leer zu lassen oder lediglich auf beigefügte Blätter zu verweisen. Siehe dazu Artikel 47 Absatz 2 der Verfahrensordnung und die Praktische Anordnung zur Einleitung des Verfahrens (nur in Englisch und Französisch verfügbar) sowie das „Merkblatt zum Ausfüllen des Beschwerdeformulars“.

E. Darlegung des Sachverhalts

58. ([IG_S04], [IG_S05]): Eine gleichermaßen sozial ausgewogene, finanzierbare und verfassungskonforme Sozialgesetzgebung erweist sich in Deutschland als eine parteipolitische Überforderung. Schon die Vorgängerversionen des „Gesetzes zur Modernisierung des Gesundheitswesens – Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG)“, das GRG 1988 und das GSG von 1992, mussten in Teilen wegen Verfassungswidrigkeit zurückgenommen werden und das BVerfG verlangte bis 31.03.2002 eine verfassungsgemäße Nachfolgelösung. Die rot-grüne Regierung brauchte nach Amtsantritt am 27.10.1998 nicht lange um durch Unfähigkeit die Defizite der Sozialkassen exponentiell wachsen zu lassen (2001, 2002 bzw. 2003: 2, 3, bzw. 9 Mrd EUR).

In einem gemeinsamen Rundschreiben der Kranken- und Rentenversicherungsträger (also auch des AOK-Bundesvorstandes) haben deren Lobbyisten bereits am 21.03.2002 mitgeteilt, dass sie in einer Verbeitragung „originärer Kapitalleistungen“, also von Sparguthaben der Versicherten, eine Lösung des Finanzproblems sehen würden.

Die Idee der SPD war die Verwischung der Grenzen zwischen der 2. Säule (betriebliche AltersVERSorgung mit Betriebsrenten) und der 3. Säule (private AltersVORSorge) der Alterssicherung. Sie geht auf den damaligen SPD-Generalsekretär, den noch Bundesfinanzminister, den noch Kanzlerkandidaten und selbsternannten Sozial-Experten Olaf Scholz zurück, dessen soziale Expertise derzeit in allen Medien hervorgehoben wird. Dazu wurde der Umstand hemmungslos ausgenutzt, dass die Politik in früheren Zeiten die Förderung des privaten Sparens (3. Säule) durch Pauschalierung der Lohn-/ Einkommensteuer für die Sparbeiträge beschlossen hatte (als Maßnahme gegen die ständige Abnahme des Rentenniveaus), denn für diese Förderung hatte die Politik verlangt, dass entsprechende Kapitallebensversicherungen (mit gleichzeitiger Absicherung der Hinterbliebenen im Todesfall) mit den Versicherern über den Arbeitgeber abgeschlossen werden mussten. Die Betrüger benennen diese Versicherungen verschleiern „Direktversicherungen“ (obwohl nur die Rahmenverträge der Arbeitgeber mit den Versicherern ggf. solche sind), weil im Betriebsrentengesetz (BetrAVG) der Begriff „Durchführungsweg Direktversicherung“ vorkommt. Nicht zufällig rückte Kanzler Schröder in seiner Regierungserklärung am 14.03.2003 die „kapitalgedeckte private Vorsorge“ (3. Säule) unter „das Dach der [betrieblichen] Altersversorgung“ (2. Säule).

Die Frist des BVerfG für die Nachfolgelösung war längst um. Im Februar und März 2003 beschäftigten sich irgendwelche Ministerialen mit Entwürfen zu einem GMG, ohne nennenswerte Ideen und Konzepte. Im April 2003 brachten die Parteien unterschiedliche Entwürfe im Bundestag ein, ohne dass diese auch nur ansatzweise mehrheits-/konsensfähig gewesen wären. Im Juni 2003 gab es wiederum 3 Gesetzentwürfe (SPD/Grüne, CDU/CSU, FDP), die wiederum nach Schema „F“ (von den Fraktionsvorsitzenden längst vor der 1. Lesung im Bundestag beschlossen) an den „Ausschuss für Gesundheit und soziale Sicherung“ und an eine Reihe „mitberatender“ Ausschüsse verwiesen wurden.

Nach SPD-Plan sollte es diesmal aber ganz anders laufen. Nach Weichenstellung in 2002 war der AOK-Lobbyist Franz Knieps ab 01.02.2003 vom „Geschäftsführer Politik im AOK-Bundesverband“ zum Abteilungsleiter im BMGS bei Ulla Schmidt mutiert, um über die Erstellung des neuen GMG die Monopolstellung der gesetzl. Krankenkassen im Gesundheitswesen zu zementieren (ein Lobbyist schreibt sich sein Gesetz gefälligst selbst). Eine „komprimierte Fassung eines Entwurfes“ vom 08.05.2003 hatte plötzlich eine nicht-ministeriale Struktur und vor allem Ideen (z.B. 164 Änderungsvorschläge für das SGB V statt vorher 1), auch Ideen zur Geldbeschaffung, allein die Verdoppelung des Beitragsatzes in § 248 SGB V sollte später jährlich 1,6 Mrd EUR Mehreinnahmen bringen.

Das BMGS unter Ulla Schmidt organisierte eine 4-tägige Anhörung mit abartigen 136 Verbänden und 41 sog. „Experten“. Die Parlamentarier entwickelten das gewünschte Gefühl ihrer gänzlichen Überforderung, gaben ihre passive Zustimmung zum Verzicht auf ihre verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten und „erlaubten“ die Gesetzgebung in eine „außerparlamentarische Kommission“ ohne jegliche rechtliche Befugnis zu verlagern. Es gab keine Proteste gegen die Aushebelung der parlamentarischen Demokratie. Die Umgehung des Parlamentes hatte die Regierung Schröder schon an anderer Stelle geübt ([IG_S07]).

Der Verhandlungsführer der CDU/CSU Seehofer forderte für die Teilnahme an den außerparlamentarischen „Konsensgesprächen“ vom 03.07. bis 22.08.2003 von SPD, Grünen und CDU/CSU (die FDP wollte nach dem 1. Tag nicht mehr mittun), dass die Gespräche nicht auf Basis des SPD-Gesetzentwurfes stattfanden, beließ aber blauäugig das Organisatorische und die Gestaltung des „neuen“ Gesetzentwurfes auf Basis der „Konsensergebnisse“ bei der SPD. Die Indizien weisen darauf hin, dass er allerdings von Ulla Schmidt irgendwann in den geplanten staatlich organisierten Betrug zum Füllen der Kassen eingeweiht wurde ([IG_S05] Kap. 9 c)).

Eine Arbeitsversion des GMG Gesetzentwurfes vom 11.08.2003 enthielt plötzlich die ominösen Änderungen in § 229

Darlegung des Sachverhalts (Fortsetzung)

59. SGB V, die nicht im Konsens beschlossen wurden. Diese Änderung haben die Mitglieder des „beratenden Ausschusses für Gesundheit und soziale Sicherung“ nicht mitbekommen, weil sie nach der 1. Lesung am 09.09.2003 und Überweisung an ihren Ausschuss von Ulla Schmidt wiederum mit einer absolut sinnlosen "Experten"anhörung und deren Aufarbeitung beschäftigt wurden. „Mitberatende“ Ausschüsse haben sich ebenfalls mit dem Gesetzentwurf nicht beschäftigt, denn die hatten im fraglichen Zeitraum nicht einmal Sitzungen. Die 2. und 3. Lesung fand am 26.09.2003 statt, der infolge Anhörung veränderte GMG Gesetzentwurf stand dem Parlament frühestens am 25.09. 2003 zur Verfügung. Kein Abgeordneter des 15. Bundestages hat gemerkt, was da in den Gesetzentwurf eingebaut wurde, kein Abgeordneter hatte die Zeit es zu merken, aber auch kein Abgeordneter hat sich gegen diesen fortlaufenden Verfassungsbruch im Gesetzgebungsprozess und die Umgehung des Parlamentes zur Wehr gesetzt (dieser Absatz ist eine extreme Kürzung, der anhand u.a. der Gesetzgebungsdokumente minutiös ausgearbeiteten tatsächlichen Abläufe [IG_S04], [IG_S05]).

Das GMG Gesetz kam also mit mehrfachen Verfassungsbrüchen durch Exekutive und Legislative (freiwillig ertragener Ausschaltung des Parlamentes) in die Welt. Und so blieb dann im GMG Einführungsgesetz dieser seltsame Wunsch der Krankenkassen-Lobbyisten nach Verbeitragung „originärer Kapitalleistungen“ stehen ([IG_S04]; [IG_O-PP_105] Begründung, B. Besonderer Teil, Zu Nummer 143 (§ 229)), was isoliert betrachtet nur peinlich und wertlos gewesen wäre.

([IG_S06]): War es aber nicht, denn die Kriminalisierung der Judikative mit Einführung des GMG war von Anfang an ein Teil des Plans Regierung Schröder unter tatkräftiger Mitwirkung des BMGS unter Ulla Schmidt und führte mit Vorbereitung von 2002 bis 2004 in den Jahren 2004 bis 2006 zur Etablierung eines staatlich organisierten Systems zum Betrug an ca. 6,3 Millionen Rentnern auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch. Mitte 2002 bis Mitte 2003 wurden in enger Zusammenarbeit zwischen den GKVen (gesetzlichen Krankenversicherungen) und dem BMGS unter Ulla Schmidt „Kriterien“ erarbeitet, die zwar keine rechtliche Aufhebung zwischen 2. und 3. Säule bedeuten (können), die aber in rechtsbeugender und verfassungswidriger Anwendung durch die Sozialgerichtsbarkeit die Verwischung der Grenzen befördern sollte.

([IG_S08]): Die Lobbyisten der gesetzl. Krankenkassen (VdAK/AEV) teilten bereits am 05.11.2003 dem Gesamtverband der Versicherungswirtschaft (GDV) mit, dass „originäre Kapitalzahlungen“ nunmehr zu verbeitragen seien; also zu einem Zeitpunkt als das Gesetz noch gar nicht in Kraft war ([IG_K-KK_001]). Die betrügerische Umdeutung der Kapitallebensversicherungen in Versorgungsbezüge ist den Versicherern leicht gefallen, denn ihre „Versicherungsscheine“ genannten und von staatlicher Seite „qualitätsüberwachten“ (BAV/ab 2002 Bafin und BMF) Dreiseitenverträge waren von jeher von einer derartigen Niveaulosigkeit, dass der wirtschaftlich Stärkste (Versicherer) dem wirtschaftlich Schwächsten (Versicherter/ Arbeitnehmer) diktieren konnte, was immer er wollte. Außerdem waren ja die staatlichen Kontrolleure „auf der richtigen Seite“, sodass die Versicherer vom Mittun im staatlich organisierten Betrug „überzeugt“ werden konnten.

([IG_S06]): Zur juristischen Unterstützung des staatlich organisierten Betrugs wurde das verfassungswidrige Richterwahlgesetz genutzt, um den altersbedingten Personalwechsel an der Spitze des 12. Senats des Bundessozialgerichts (BSG) nutzend ab 01.11.2004 mit Hartwig Balzer einen „bedingungslosen“ Unterstützer der parteipolitischen Interessen zu etablieren. Die BSG Entscheidung B 12 KR 1/06 R vom 13.09.2006 ist eine ausführliche Lektion in der Herleitung einer Rechtsbeugung, in der es von den in 2002/2003 von gesetzlichen Krankenkassen und BMGS erfundenen Kriterien zur rechtsbeugenden Begründung der Beitragspflicht von privaten Sparerlösen aus Kapitallebensversicherungen geradezu wimmelt. Dieses sogenannte „höchstrichterliche Recht“ ist Ausgangsbasis für das über die Jahre fortlaufend erweiterte selbstreferentielle Unrechtssystem. Im Rausch der Allmacht durch staatlicherseits abgesicherte Rechtsbeugung fühlten sich die Richter des 12. Senats beflügelt selbständig zusätzlich rechtsbeugende Kriterien zu entwickeln und anzuwenden und sich fortlaufend amtsanmaßend die Verfassungsmäßigkeit ihres kriminellen Treibens zu bestätigen. Rechtsbeugung, Amtsanmaßung und Verfassungsbruch sind seit Ende 2004 die Standard-Mittel der „Rechts“pflege des 12. Senats des BSG geworden. Vereinzelt Richter in Sozialgerichten oder Landessozialgerichten, die sich verfassungskonform an die Gesetze halten, beenden damit vorzeitig ihre Karriere und ihr „ungehorsames“ Urteil wird ohnehin in der nächsten Instanz kassiert. Nur extrem wenige zeigen Zivilcourage und machen Äußerungen, wie es abläuft. Wenn der Kläger überhaupt sein Recht auf mündliche Verhandlung durchsetzt, sind die Verhandlungen ausnahmslos eine Farce (der Beschwerdeführer hat viele miterlebt oder sich berichten lassen); der Vors. Richter zeigt oder er sagt: reden sie nur, wir hören gar nicht hin und entscheiden am Ende nach „höchstrichterlicher Rechtsprechung“; ggf. mit Auferlegung von „Verschuldungskosten“ wegen Gerichtsbelästigung.

([IG_S10]): Nichtannahmen von Verfassungsbeschwerden erfolgen vom BVerfG mit Gründen oder ohne; das BVerfG veröffentlicht sie nur bei Eigeninteresse. Das ist dann seltsam: das BVerfG befindet die Begründung der Beschwerde zur Annahme unzureichend (bei Gesetzestreue wäre die Erfüllung Art. 93 (1) Nr. 4a, 4b GG und BVerfGG §§ 90 – 95 BVerfGG ausreichend zur Annahme), möchte aber der Welt mitteilen, was es Wichtiges entschieden hätte, wenn es die Beschwerde der Bearbeitung für wert befunden und sie angenommen hätte.

Mit der ersten umfangreichen Begründung einer Nichtannahme 1 BvR 1924/07 vom 07.04.2008 zum Thema „GMG, Beitragsrecht, Verbeitragung von privaten Sparerlösen“ schwenkte auch eine Kammer des Ersten Senats (Vors. Hohmann-Dennhardt) voll auf die Linie der Rechtsbeugung und des Verfassungsbruchs des BSG ein. Die Begründung ist ein „Abschreiben von Erstklässlern“ aus dem ersten kriminellen Urteil des BSG B 12 KR 1/06 R, welches gespickt ist mit den

Darlegung des Sachverhalts (Fortsetzung)

60. von den GKVn und dem BMGS unter Ulla Schmidt erarbeiteten Kriterien zur Zwangsverbeitragung von Sparerlösen aus privater Altersvorsorge (3. Säule) als rechtsbeugend umdefinierte Betriebsrenten (2. Säule). An dieser Entscheidung, in welcher sogar dem BSG rückwirkend gestattet wird Rechtsetzung betreiben zu dürfen und welches garniert ist mit einer servilen Ergebnissadresse an die Politik (die Methode „bildet ein geeignetes und erforderliches Mittel zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung“), war auch Ferdinand Kirchhof beteiligt. Danach wurden in seiner neuen Laufbahnstufe als „Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts“ und unter seinem Vorsitz während seiner gesamten Amtszeit alle weiteren Verfassungsbeschwerden nicht angenommen, bis auf eine einzige Ausnahme (1 BvR 1660/08 s.u.).

Das Bild über die „Unabhängigkeit der Judikative“ wird sehr klar: Mit Schreiben vom 19.04.2017 richtet der SPD Bundestagsabgeordnete Lothar Binding an den BVerfG Vizepräsidenten eine „Anfrage nach dem Sachstand über eingereichte Verfassungsbeschwerden zur Frage der Beitragspflicht von Zahlungen aus <Direktversicherungen>“. Dieser steht zwar so unter Zeitdruck, dass er solche Verfassungsbeschwerden „normalerweise 2 Jahre liegen lassen muss“, aber die derzeit Liegegebliebenen kann er für das Rapportieren noch schnell „ohne Begründung nicht annehmen“.

Die ganze Anstrengung mit den Rechtsbeugungen und Verfassungsbrüchen im Ersten Senat um den staatlich organisierten Betrug zu stützen waren allerdings völlig umsonst, denn der Erste Senat ist nach Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) gar nicht für die Bearbeitung dieser Verfassungsbeschwerden zuständig. Kirchhof & Co haben nicht nur die Verfassungsbeschwerden „entwenden“ lassen, sondern permanent auch das BVerfGG gebrochen. Damit ist alles vom Ersten Senat in dieser Hinsicht Produzierte nur Abfall und bis zum heutigen Tage gibt es keine einzige gesetzeskonforme Entscheidung des BVerfG zum Thema „GMG, Beitragsrecht, Verbeitragung von privaten Sparerlösen“. Es ist noch schlimmer; die Geschäftsplanung des Ersten Senats des BVerfG ist spätestens seit 2007 (schon unter Papier) gesetzeswidrig und alle 16 Richter haben, dies wissend, im Plenum immer wieder zugestimmt.

Zur einzigen Ausnahme von den Nichtannahmen, den Beschluss 1 BvR 1660/08: Darin wird für eine privat fortgeführte Kapitallebensversicherung nach Insolvenz des Arbeitgebers der nachgelagerte Sparanteil als privat klassifiziert, aber der vorher angesparte Anteil wird wieder mit den rechtsbeugenden Kriterien zum Abkassieren freigegeben; zwei sich widersprechende Rechtssichten in einem Beschluss des Verfassungsgerichts, welches die Aufgabe hat Rechtsklarheit herzustellen und nicht Rechtsunsicherheit. Das Wesentlichere dieses Beschlusses sind allerdings die Feststellungen, dass für das Vorliegen einer Abfindung der Ansprüche auf Versorgungsbezüge mit Einmalzahlung drei Voraussetzungen erfüllt sein müssen: 1. Novierung des Arbeitsvertrages, um die Versorgungszusage des Arbeitgebers zu inkludieren, 2. Versorgungszusage des Arbeitgebers, 3. Nachweis, dass der Arbeitgeber die Versicherungsprämien wirtschaftlich geleistet hat, nachdem der Arbeitnehmer dessen Vermögen durch entsprechenden Gehaltsverzicht aufgestockt hat.

Im sog. „Presseurteil“ gesteht der 12. Senat des BSG (B 12 KR 2/16R vom 10.10.2017; [IG_K-ZG_101]), dass er sich einen eigenen Begriff der „betrieblichen Altersversorgung im Sinne des Beitragsrechts der GKV“ gebastelt hat und „an dieser eigenständigen beitragsrechtlichen Betrachtung hält der Senat grundsätzlich [...] fest, der Beschluss des BVerfG vom 28.9.2010 (1 BvR 1660/08 [...]) hat daran nichts geändert“. In anderen Worten teilt das BSG mit: „was interessieren uns die Gesetze, wir machen uns unsere eigenen, was interessiert uns das BVerfG, wir machen was wir wollen“.

([IG_S11]): Dieser Auffassung sind auch die Bundespolitiker (Exekutive). Mit dem GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz wurde ab 01.10.2020 ein Freibetrag für Betriebsrenten festgesetzt. Es ging weniger um Beglückung der Betriebsrentner als um die Einbildung der Politiker, die 6,3 Mio Betrogenen würden endlich Ruhe geben, wenn sie monatlich um ein paar Euro weniger betrogen werden. Die daraus folgende Überarbeitung des „Zahlstellen-Meldeverfahrens“ nutzten die Bundesminister Hubertus Heil und Jens Spahn, um eine eigenkreierte Legaldefinition „Betriebsrente“ in Umlauf zu bringen.

([IG_S13]): Über Jahre haben Betrogene, u.a. der Beschwerdeführer, die Straftaten der am staatlich organisierten Betrug Mitwirkenden aufbereitet und gerichtsfest bewiesen (<https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/>). In 2021 haben wir feststellen müssen, dass die bundesdeutschen (General-)Staatsanwälte als „politische Beamte der Exekutive“, die an die Weisungen der Justizminister des Bundes und der Länder gebunden sind, die Aufgabe haben durch zusätzliche eigene Rechtsbeugungen und massenweise Strafvereitelungen im Amt für die Mitglieder der staatl. Institutionen der Bundesrepublik Deutschland (und freiwillige Helfer aus Versicherungswirtschaft und Banken) den Massenbetrug an 6,3 Mio Bundesbürgern abzusichern. Die Absicherung der Täter erfolgt bundesweit, konsequent und ausnahmslos.

([IG_S11], [IG_S12], [IG_S13]): Karl Jaspers hat schon 1966 vor einer kommenden Parteienoligarchie in der Bundesrepublik Deutschland gewarnt. Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in den Jahren 1982-92 immer wieder darauf hingewiesen, dass die politischen Parteien keiner Kontrolle unterliegen, über das Parteiengesetz verfassungswidrig über sich verfügen und sich den „Staat zur Beute machen“. Heute ist feststellen: sie sind ein entscheidendes Stück vorangekommen; sie haben die Demokratie und den Rechtsstaat beseitigt. Schon wieder (wie in der Weimarer Republik) haben deutsche Politiker mit tatkräftiger Unterstützung der staatlichen Juristen die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit beseitigt. Die nationalen Institutionen des bundesdeutschen Staates sind weder in der Lage noch willens diese wieder herzustellen. Jetzt wird sich zeigen, ob der EGMR wenigstens den Willen hat europäische Hilfe zu leisten.

F. Angabe der geltend gemachten Verletzung(en) der Konvention und/oder Protokolle und Begründung der Beschwerde

61. Geltend gemachter Artikel	Erläuterung
<p>Zusatzprotokoll Artikel 1 – Schutz des Eigentums</p> <p>"Jede natürliche oder juristische Person hat das Recht auf Achtung ihres Eigentums. Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn, dass das öffentliche Interesse es verlangt, und nur unter den durch Gesetz und durch die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts vorgesehenen Bedingungen.</p>	<p>Die angebliche Verpflichtung zur Verbeitragung der Sparerlöse aus meinen 3 Kapitallebensversicherungen hat keine gesetzliche Grundlage (ANL4, S. 68-199) .</p> <p>Die Sparerlöse aus den Kapitallebensversicherungen (im Erlebensfall) sind privates Eigentum. Mit Bezahlung jeder Versicherungsprämie durch wen auch immer (Arbeitgeber oder Arbeitnehmer selbst) ist diese unwiderruflich in das Eigentum des Versicherten übergegangen und durch Art. 14 GG geschützt.</p> <p>Die infolge Unfähigkeit der verantwortlichen Politiker geleerten Sozialkassen (2003: - 9 Mrd. EUR) produzierten kein "öffentliches Interesse" mit den zwangsenteigneten privaten Sparguthaben von 6,3 Mio Rentnern diese Unfähigen aus der Finanzmisere zu retten. Die Geldbeschaffung auch um den Preis der Kriminalisierung der Judikative infolge Unfähigkeit der deutschen Politiker (hier zunächst der rot-grünen Regierung unter Schröder) zu gleichermaßen sozialer, bezahlbarer und verfassungskonformer Sozialpolitik und auch die zur Gewohnheit verkommene Geldgier nachfolgender Regierungen ob des unverhofften Geldsegens ist kein "öffentliches Interesse", sondern staatlich organisierte Kriminalität ([IG_S04], [IG_S05], [IG_S06]).</p>
<p>Absatz 1 beeinträchtigt jedoch nicht das Recht des Staates, diejenigen Gesetze anzuwenden, die er für die Regelung der Benutzung des Eigentums im Einklang mit dem Allgemeininteresse oder zur Sicherung der Zahlung der Steuern oder sonstigen Abgaben oder von Geldstrafen für erforderlich hält."</p>	<p>Der Staat hat das Recht, existierende Gesetze zur Regelung des Eigentums anzuwenden, auch wenn diese Gesetze den Einzelnen in seinen Rechten auf sein Eigentum ggf. deutlich beschränken. Er hat aber nicht das Recht ohne existierende gesetzliche Regelung sich am Eigentum einzelner (hier: einer großen gesellschaftlichen Gruppe von 6,3 Mio Rentnern) zu bedienen, nur weil seine Repräsentanten meinen, dass diese keine Lobbyisten haben und sich nicht ausreichend zur Wehr setzen können.</p> <p>Mit der Erweiterung des § 229 SGB V mit dem GMG-Einführungsgesetz (gültig ab 01.01.2004) sollte es laut Gesetzestext ([IG_O-PP_105]) keinen Einfluss mehr auf eine Verbeitragbarkeit zur Sozialversicherung haben, wann eine Abfindung durch eine Einmalauszahlung für einen zugesagten Versorgungsbezug vereinbart worden ist. Daraus zu schlussfolgern, dass jede Einmalauszahlung von irgendetwas ein "verkappter" Versorgungsbezug (eine "verkappte" Abfindung) sei, ist abhängig vom Behauptenden Betrug (§ 263 StGB) oder Rechtsbeugung (§ 339 StGB).</p>
<p>Artikel 6 – Recht auf ein faires Verfahren, Absatz 1 Satz 1</p> <p>"(1) Jede Person hat ein Recht darauf, dass über Streitigkeiten in Bezug auf ihre zivilrechtlichen Ansprüche und Verpflichtungen</p>	<p>Das auftragsmäßige Basteln von "höchstrichterlichen Urteilen" auf Basis der zwischen Politikern und Lobbyisten der gesetzl. Krankenkassen in 2002-2003 beschlossenen "Argumente" zur Rechtsbeugung durch die Richter des 12. Senats des BSG, das Urteilen der Sozialgerichtsbarkeit (bis auf wenige ehrenwerte Ausnahmen) nach dieser "höchstrichterlichen Rechtsprechung" ist Rechtsbeugung und Verfassungsbruch nach Art. 20 (3), 97 (1) GG und das Abnicken dieser Praxis durch das Bundesverfassungsgericht ist staatlicher Missbrauch der Judikative.</p> <p>Das ist die Beseitigung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Es ist nur konsequent, dass dies auch die Missachtung der Europäischen Menschenrechtskonvention nach sich zieht ([IG_S01] bis [IG_S13]).</p> <p>Es sind zwar hier die Rechtsbrüche im Zusammenhang mit dem "Gesetz zur Modernisierung des Gesundheitswesens (GMG)" das Thema, aber die "Unterordnung" des "Gesundheitsfonds" unter den "Spitzenverband Bund der Krankenkassen" und dessen quasi Rechtssetzungskompetenz bei dessen gleichzeitiger direkter Kontrolle durch das BMG mit dem GKV-WVG von 2006 ist nichts anderes als der staatliche Diebstahl (§§ 242, 243 StGB) des Eigentums der gesetzlich Kranken- und Pflege-Versicherten ([IG_S11]; S. 910 ff).</p>
<p>"(1) Jede Person hat ein Recht darauf, dass über Streitigkeiten in Bezug auf ihre zivilrechtlichen Ansprüche und Verpflichtungen</p>	<p>Den staatlich organisierten Betrug beim Einzelnen leitet jeweils sein betrügender Kapitallebensversicherer ein; hier die Allianz Lebensversicherungs-AG (S. 68-199).</p> <p>Die AOK Bayern beruft sich in "Beitragsbescheiden" (mein finanzieller Schaden: ca. 20.000 EUR nach 10 Jahren) oder in ihren "Widerspruchsbegründungen entweder auf die "höchstrichterlichen" Entscheidungen des BSG, die ein selbstgeschaffenes und</p>

Angabe der geltend gemachten Verletzung(en) der Konvention und/oder Protokolle und Begründung der Beschwerde (Fortsetzung)

<p>62. Geltend gemachter Artikel</p> <p>[oder über eine gegen sie erhobene strafrechtliche Anklage]</p> <p>von einem unabhängigen und unparteiischen, auf Gesetz beruhenden Gericht in einem fairen Verfahren, öffentlich und innerhalb angemessener Frist verhandelt wird."</p>	<p>Erläuterung selbstreferentielles Unrechtssystem repräsentieren, oder (in den letzten Jahren immer häufiger) liefert nur eine Liste von Lügen. Sie sehen Sozialgerichte als ihre outsourced Dienstleister, die nach ihren Wünschen die Gesetze zu verbiegen haben (S. 576-648).</p> <p>Die 3 Richter der 2. Kammer des SG München haben im Verfahren und mit ihrem Urteil vom 06.07.2017 (ANL5, S. 200-311) vorsätzlich 4 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) begangen und die Verfassung unmittelbar entsprechend Art. 20 (3), 97 (1), 103 (1) und mittelbar entsprechend Art. 3 (1), 2 (1), 14 (1) GG gebrochen. Der persönlich zugesandten Tatsachenfeststellung (S. 307-311) haben sie nie widersprochen; diese nach rechtsstaatlichen Grundsätzen also anerkannt. Die relativ geringe Anzahl nachgewiesener Straftaten resultiert lediglich aus meiner damals noch geringen Kenntnis der gesetzwidrigen Machenschaften der Richter in der juristischen Auseinandersetzung.</p> <p>(S. 312-453; [IG_S10] S. 826 ff) Die 1. Kammer des Ersten Senats (Vizepräsident Kirchhof, Schluckebier, Ott) des Bundesverfassungsgerichts hat mit ihrer Nichtannahme mit Begründung am 13.04.2017 der gesetzeskonform gestellten Verfassungsbeschwerde und der Pressemitteilung vorsätzlich die §§ 13, 14, 19 BVerfGG gebrochen, Rechtsbeugung und Nötigung begangen (§§ 339, 240 StGB) und die Verfassung unmittelbar entsprechend Art. 20 (3), 97 (1), 103 (1) und mittelbar entsprechend Art. 3 (1), 2 (1), 14 (1) GG gebrochen. Der Präsident Voßkuhle des BVerfG war von Anfang an informiert. Die Geschäftsplanung des Ersten Senats ist spätestens seit 2007 gesetzeswidrig, damit sind sämtliche Entscheidungen des Ersten Senats seitdem rechtswidrig. Den persönlich gesandten Vorwürfen der Straftaten haben Präsident, Vizepräsident und die weiteren 14 Richter nie widersprochen; diese nach rechtsstaatlichen Grundsätzen also anerkannt.</p> <p>Die 5 Richter des 4. Senats des Bayerischen LSG haben im Berufungsverfahren und mit ihrem Urteil vom 21.11.2019 (ANL7, S. 454-570) vorsätzlich 39 Verfahrensfehler (Rechtsbrüche SGG und ZPO), 1 Nötigung und 115 Rechtsbeugungen (§§ 240, 339 StGB) begangen und die Verfassung unmittelbar entsprechend Art. 20 (3), 97 (1), 103 (1) und mittelbar entsprechend Art. 3 (1), 2 (1), 14 (1) GG gebrochen. Die persönlich allen Richtern zugesandte Tatsachenfeststellung (S. 539 ff) hat der Vorsitzende Richter zwar mit Trickserien auch mit Unterstützung vom 12. Senat des BSG versucht "unschädlich" zu machen, dies ist aber kläglich misslungen. Diese Tatsachenfeststellungen sind nach rechtsstaatlichen Grundsätzen also anerkannt.</p> <p>Der OStA Heidenreich der Staatsanwaltschaft München I hat die Bearbeitung meines gesetzeskonformen Strafantrags gegen die Verantwortlichen der AOK Bayern verweigert (S. 650-669). Es wurde die gleiche "4 Schritte-Standard-Prozedur der deutschen Staatsanwälte zur Absicherung der staatl. organisierten Kriminalität" (siehe Beschwerde zu Art 13) verwendet wie a) in der darauf folgenden Bearbeitung der Beschwerde und b) in der Bearbeitung anderer Strafanträge oder Beschwerden über die Nichtbearbeitung. Das Ergebnis waren 3 Brüche der StPO (§§ 152, 158-177, 160), 3 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB), mindestens 130 Strafreitelungen im Amt (§ 258a StGB) für "Vortaten" von Mitarbeitern der AOK Bayern, des Sozialgerichts München und des Bayer. Landessozialgerichts und 3 unmittelbare Verfassungsbrüche (Art. 20 (3), 97 (1), 103 (1) GG), also auch die Verweigerung des grundrechtsgleichen Rechts nach Art. 103 (1) GG. Die Beschwerde dagegen wurde von der GenStA in München am 08.06.2021 abgelehnt ([IG_K-JU_2306]; S. 680-683).</p> <p>Von unabhängigen und unparteiischen, auf Gesetz beruhenden Gerichten und von fairen Verfahren kann also in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr die Rede sein, wenn der Staat trotz fehlender gesetzlicher Grundlage seinen Bürgern an ihr privates Vermögen gehen will. In diesem Fall missachtet er die Rechtsstaatlichkeit, kriminalisiert die Judikative und ignoriert sämtliche hinderlichen Gesetze.</p>
--	--

G. Einhaltung der Zulässigkeitsvoraussetzungen gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Konvention

Bestätigen Sie für jeden Beschwerdepunkt, dass Sie die im betroffenen Land verfügbaren Rechtsbehelfe einschließlich aller Rechtsmittel eingelegt haben, und geben Sie zum Nachweis der Einhaltung der Sechs-Monats-Frist auch das Datum an, an dem die letzte innerstaatliche Entscheidung erging und Ihnen zugestellt wurde.

63. Beschwerdepunkt	<p>Angabe der eingelegten Rechtsmittel und Datum der letzten Entscheidung Die Dokumente in der IG homepage unter [IG_O-BG_xxxx], [IG_O-ZG-xxx] und [IG_O_VG_xxxx] (siehe ANL2, S. 20) beweisen, dass die Verletzung von Art. 6 der EMK gegenüber dem Beschwerdeführer durch die Judikative der Bundesrepublik Deutschland kein Einzelfall ist.</p>
<p>Artikel 13 – Recht auf wirksame Beschwerde "Jede Person, die in ihren in dieser Konvention anerkannten Rechten oder Freiheiten verletzt worden ist, hat das Recht, bei einer innerstaatlichen Instanz eine wirksame Beschwerde zu erheben, auch wenn die Verletzung von Personen begangen worden ist, die in amtlicher Eigenschaft gehandelt haben."</p>	<p>Von den ca. 6,3 Mio Bundesbürgern (i.d.R. im Rentenalter) klagt die übergroße Mehrheit wegen eigenem Unvermögen, fehlendem Geld für unwillige oder unfähige Rechtsanwälte, durch Alter reduzierte nervliche Belastbarkeit, etc. nicht. Dies ändert nichts daran, dass auch sie andernfalls nur vor abhängigen und parteiischen, nicht auf Gesetz beruhenden Gerichten (SG, LSG, BSG, BVerfG, Strafgerichte) klagen könnten, also ihr Recht auf eine faire Verfahren nicht durchsetzen könnten ([IG_S04], [IG_S06], [IG_S10], [IG_S12], [IG_S13]). Die vollzogene Kriminalisierung der bundesdeutschen Sozialgerichte auf allen Ebenen zum Thema "Beitragsrecht", die Missachtung von Recht und Gesetz durch das Bundesverfassungsgericht und die Verhinderung jeglicher Strafverfolgung durch die (General-)Staatsanwälte als politische Beamte der Exekutive auf Weisung der Justizminister des Bundes und der Länder sind bewiesene Realität.</p> <p>(S. 670-714; [IG_S13] S. 1092 ff) Gegen die Verweigerung der Bearbeitung des Strafantrags gegen AOK Mitarbeiter hat der Beschwerdeführer Beschwerde (§ 172 StPO) bei der Generalstaatsanwaltschaft in München eingelegt. Deren Bearbeitung wurde von der OStA Schuhmaier mit den gleichen rechtswidrigen Methoden verweigert, wie sie auch in der Bearbeitung anderer Strafanträge oder Beschwerden über die Nichtbearbeitung angewandt werden. Die Methoden sind derart uniform, dass von einem gesteuerten Verhalten der deutschen Staatsanwälte im Auftrag der ihnen gegenüber weisungsbefugten Justizminister des Bundes und der Länder auszugehen ist. Kern ist die "4 Schritte-Standard-Prozedur der deutschen Staatsanwälte zur Absicherung der staatl. organisierten Kriminalität": 1. Verweigerung von Strafanträgen (Bruch von §§ 158 – 177, insb. § 160 StPO); 2. Absolutes Nichterkennen eines Anfangsverdachts auch bei Vorliegen von Beweisen; 3. Die Straftaten aus den Strafanträgen werden als gesetzeskonform bezeichnet (Strafvereitelung im Amt, § 258a StGB); 4. Alle darüber hinaus sichtbaren Straftaten werden ignoriert (Bruch von § 152 StPO und § 258a StGB, also weitere Strafvereitelungen im Amt).</p> <p>Diese "politischen Beamten der Exekutive" ((General-)Staatsanwälte) haben also die staatl. gesteuerte Aufgabe durch zusätzliche eigene Rechtsbeugungen und massenweise Strafvereitelungen im Amt für die Mitglieder der staatl. Institutionen der Bundesrepublik Deutschland (und freiwillige Helfer aus Versicherungswirtschaft und Banken) den Massenbetrug an 6,3 Mio Bundesbürgern abzuschließen. Die Absicherung erfolgt bundesweit, konsequent und ausnahmslos.</p> <p>Bis auf eine Ausnahme (1 BvR 1660/08) wurden bisher aller Verfassungsbeschwerden von Kammern um den Vizepräsidenten Kirchhof unter Bruch des BVerfGG und des GG nicht angenommen. In diesem einzigen Fall wurden dem Betrogenen nach Rücküberweisung an das BSG mit dessen Nötigung gezeigt, dass Auflehnen gegen die Unrechtsjustiz nichts bringt ([IG_O-BG_0610], [IG_O-VG_0610], [IG_S10] Kap. 9; S. 858-862).</p> <p>Da Privatklagen nach Verweigerung durch die (General-)Staatsanwälte gesetzl. nicht möglich sind, sind damit also die §§ 258a, 339 StGB und alle weiteren, im Auftrag des Staates ständig gebrochenen Strafgesetzbuch-Regelungen ausgehebelt und auch Art 34 GG ist nur noch Makulatur. Die konsequente Missachtung von Art 13 der EMRK ist der entscheidende Punkt, warum die Straftäter bei den Versicherern, den Sozialgerichten, dem Bundesverfassungsgericht, den Staatsanwaltschaften usw. usf. so gelassen auf die Feststellung ihrer Rechtsbrüche reagieren.</p> <p>Das Recht auf wirksame Beschwerde gegen staatliche Willkürjustiz ist bei dessen ungesetzlicher staatlicher Geldbeschaffung in der Bundesrepublik Deutschland beseitigt.</p>

64. Gibt es oder gab es einen Rechtsbehelf, der nicht eingelegt wurde? Ja

Nein

65. Wenn ja, welcher Rechtsbehelf wurde nicht eingelegt? Warum?

Das Bayerische Landessozialgericht hat im "Urteil" die Revision nicht zugelassen; der Rechtsbehelf der Nichtzulassungsbeschwerde wurde nicht eingelegt, weil:
1) Die 3 alternativen Bedingungen für die unbedingte Zulassung der Revision nach § 160(2) SGG waren alle 3 erfüllt; der Beschluss des 4. Senats des LSG der Nichtzulassung war also wegen § 160 (2) SGG gesetzeswidrig und rechtsbeugend.
2) Das Beschließen einer Nichtzulassung in einem Verfahren, welches durch orgienhafte Begehung von Straftaten durch die Richter (115 Rechtsbeugungen, 1 Nötigung, 6 Verfassungsbrüche etc.) gekennzeichnet ist, ist schon deshalb ebenfalls gesetzeswidrig.
3) Eine Nichtzulassungsbeschwerde hätte deutliche Anwaltskosten verursacht und wäre vom 12. Senat des BSG mit einer Handbewegung und ohne sinnhafte Argumentation vom Tisch gewischt worden (genauso war die Nichtzulassung vom LSG gemeint; siehe ANL2, alle [IG_O-BG_xxxx] mit Az. B 12 KR yy/yy B; "B" = Nichtzulassungsbeschwerden).
4) Deshalb hat der Beschwerdeführer beschlossen nach § 160 (2) SGG Revision einzulegen und nach § 160 (3) SGG die Zustimmung vom BSG als gesetzlich gegeben zu postulieren; er hat aber in der zur Verfügung stehenden Zeit in der Bundesrepublik Deutschland keinen Anwalt gefunden mit einerseits der notwendigen Zivilcourage den Sozialrichtern zu widersprechen und andererseits der erforderlichen Überzeugung des Anwalts, dass auch staatliche Juristen nicht das Recht haben die Gesetze nach Belieben brechen zu dürfen (bei 24 Anwälten habe ich es selbst probiert; bei weiteren haben es einige Unterstützer versucht; siehe auch z.B. [IG_S13] Kap. V).

H. Angaben zu anderen internationalen Instanzen (sofern angerufen)

66. Haben Sie einen dieser Beschwerdepunkte einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Schlichtungsorgan vorgelegt? Ja

Nein

67. Wenn ja, fassen Sie das Verfahren kurz und präzise zusammen (vorgetragene Beschwerdepunkte, Name der internationalen Instanz und Datum und Art der ergangenen Entscheidungen)

Empty text area for providing details of the international procedure, including points of complaint, the name of the international body, and the date and nature of the decision.

68. Haben Sie (der Beschwerdeführer) derzeit oder hatten Sie in der Vergangenheit andere Beschwerden vor dem Gerichtshof anhängig? Ja

Nein

69. Wenn ja, geben Sie im nachfolgenden Feld bitte die Beschwerdenummer(n) an

Empty text area for entering the case number(s).

I. Liste der beigefügten Unterlagen

Sie sollten vollständige und lesbare *Kopien* sämtlicher Unterlagen beifügen. Unterlagen werden nicht an Sie zurückgeschickt. Es liegt daher in Ihrem eigenen Interesse, Kopien und keine Originale einzureichen. Sie **MÜSSEN**:

- Unterlagen nach Datum und Art des Verfahrens sortieren;
- alle Seiten fortlaufend nummerieren; und
- Unterlagen NICHT heften, klammern oder kleben.

70. Bitte führen Sie hier Ihre Unterlagen in chronologischer Reihenfolge mit knapper und präziser Beschreibung auf. Geben Sie für jedes Dokument die Seitennummer an, auf der es sich befindet

1.	Struktur der IG Dokumentation (homepage "ig-gmg-geschaedigte")_Inhalt der Startseite (Zusammenfassungen dessen was den staatlich organisiert Betroffenen bekannt ist)	S.	1
2.	Liste der Referenzen_Beweisdokumente BEWEISE (O)_Stand 26.09.2021: 266 Dokumente mit 7233 Seiten gelb Markierung der nachfolgend beigefügten Dokumente	S.	20
3.	Liste der Referenzen_Beweisdokumente BEWEISE (K)_Stand 26.09.2021: 474 Dokumente mit 3740 Seiten gelb Markierung der nachfolgend beigefügten Dokumente	S.	37
4.	Rüter: Beweise für fehlende gesetzliche Grundlage zur Verbeitragung_Arbeitsverträge_Bedingungen Arbeitgeber für Vorsorge_Versicherungsscheine_Feststellung Straftaten Allianz LV AG_Gesetzesbedingungen_Bedingungen BVerfG	S.	68
5.	Rüter: Verfahren vor der 2. Kammer des SG München: Klageschriften 1 + 2_Klagebegründung_Protokoll mündliche Verhandlung_Urteil_Tatsachenfeststellung Straftaten und Verfassungsbrüche	S.	200
6.	Rüter: Verfassungsbeschwerde bei 2. Senat des Bundesverfassungsgericht: Verfassungsbeschwerde_Kommunikation mit Präsident und Vizepräsident_Nichtannahme_Pressemitteilung_Feststellung Straftaten und Verfassungsbrüche	S.	312
7.	Rüter: Berufungsverfahren vor 4. Senat des Bayerischen LSG: Klage und Berufungsbegründung_Protokoll mündliche Verhandlung_Urteil_Tatsachenfeststellung Straftaten und Verfassungsbrüche_Manipulationsversuche durch BSG	S.	454
8.	Rüter: Weigerung der AOK zur rechtlichen Auseinandersetzung_Rüter Stoppen der Zahlungen ohne Nachweis der rechtlichen Basis_wiederholte Nötigung (§ 240 StGB) durch AOK_nachträgliche Bestätigung der AOK Erpressung	S.	571
9.	Rüter: Strafantrag gegen AOK wegen Nötigung bei StA München I_Entscheid Nichtbearbeitung (§§ 339, 258a StGB)_Beschwerde bei GStA in München_Entsch. Nichtbearbeitung (§§ 339, 258a StGB)_Schreiben an GStA R. Röttle	S.	649
10.	[IG_S04] 20180906 Das Zusammenspiel der Täter der GKVen, des BMSG und des BSG (staatlich organisierte Kriminalität)	S.	715
11.	[IG_S05] 20181212 Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen	S.	722
12.	[IG_S06] 20190116 Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz - Teil I	S.	756
13.	[IG_S08] 20200110 Die Versicherer der Kapitallebensversicherungen stehen den gesetzl. Krankenkassen in puncto Kriminalität in nichts nach	S.	797
14.	[IG_S10] 20200301 Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz - Teil III Das Verfassungsgericht	S.	826
15.	[IG_S11] 20200906 Das Treiben der Parteienoligarchie: - Kriminalität der gesetzl. Krankenkassen und des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen - wirkungsloses u. ungesetzl. Basteln an der Legaldefinition 'Versorgungsbezug'	S.	910
16.	[IG_S12] 20201212 Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn	S.	955
17.	[IG_S13] 20210926 Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte	S.	1092
18.		S.	bis 1191
19.		S.	
20.		S.	
21.		S.	
22.		S.	
23.		S.	
24.		S.	
25.		S.	

Sonstige Anmerkungen

Haben Sie weitere Anmerkungen zu Ihrer Beschwerde?

71. Anmerkungen

Von dem staatlich organisierten Massenbetrug sind ca. 6,3 Mio Bundesbürger (i.d.R. Rentner) betroffen. Die Betrugssumme nach 17 Jahren von mittlerweile ca. 30 Mrd EUR (basiert auf Daten der Statistikabteilung des BMG) / Alle Aussagen sind gerichtsfest bewiesen (Ausnahme: die Motivation der Lebensversicherer für die Teilnahme am Betrug) / Ablage aller Dokumente unter <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/> mit barrierefreiem Zugriff / Der EGMR möge entscheiden, ob er elektronische Kopien macht oder ob ich USB-Sticks senden soll - Sendung von Papiaerausdrucken ist maximal ineffektiv.

Erklärung und Unterschrift

Ich erkläre nach bestem Wissen und Gewissen, dass die von mir im vorliegenden Beschwerdeformular gemachten Angaben richtig sind.

72. Datum

20102021 z. B. 27/09/2015
T T M M J J J J

Der/die Beschwerdeführer oder der/die Bevollmächtigte(n) müssen in diesem Feld unterschreiben.

73. Unterschrift(en) Beschwerdeführer Bevollmächtigte(r) - bitte Zutreffendes ankreuzen

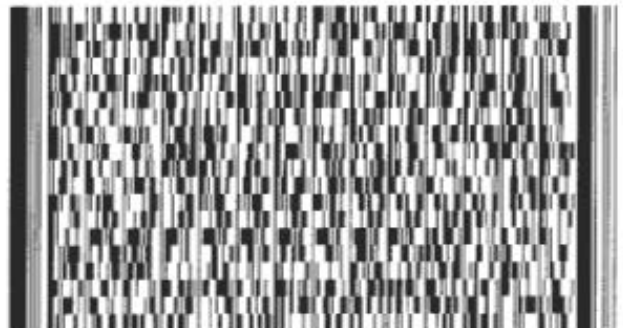
Bestätigung der Kontaktperson

Bei mehreren Beschwerdeführern oder Bevollmächtigten geben Sie bitte Name und Anschrift derjenigen Person an, mit der der Schriftwechsel des Gerichtshofs erfolgen soll. Wenn der Beschwerdeführer vertreten wird, erfolgt der Schriftwechsel des Gerichtshofs nur mit diesem Vertreter (Rechtsanwalt oder nicht anwaltlicher Vertreter).

74. Name und Anschrift des Beschwerdeführers des Bevollmächtigten - bitte Zutreffendes ankreuzen

**Unterschreiben Sie das vollständig ausgefüllte
Beschwerdeformular und senden Sie es an:**

The Registrar
European Court of Human Rights
Council of Europe
67075 STRASBOURG CEDEX
FRANCE



Dokumente zu den Bedingungen der Kapitallebensversicherungen und ihrer Nichtverbeitragbarkeit nach § 229 SGB V

einein- deutige Nr. Kläger	Datum	Gericht an → an → von von ← ←	Dokument	Filename	priv. Ref	IG-Referenz
SG66	22.02.2016	→	Klage 2 mit "Sofort"-Anträgen Zusammenfassung aller Verfahren	20160222_KLAGE 2.pdf	SG66	
SG67			Begleitschreiben für Anträge & Klagebegründung	20160222_Begleitschreiben Anträge & Begründung.pdf	SG67	
KLAGE SG68			Anträge & Klagebegründung	20160222_Anträge & Klagebegründung.pdf	SG68	
			(Anlagen mit +/- an linker Seite auf- und zuklappbar)			
K1.a				Anlage K1.a_20150128_AOK Bescheid (KLV1).pdf	K2.1	
K1.b				Anlage K1.b_20151030_AOK zweiter Bescheid (KLV1-KLV2-KLV3).pdf	K2.2	
K2.a				Anlage K2.a_20150211_Widerspruch mit Begründung an AOK (KLV1).pdf	K3.1	
K2.b				Anlage K2.b_20151120_Widerspruch 2 mit Begründung an AOK (KLV1-KLV2-KLV3).pdf	K3.2	
K3.a				Anlage K3.a_20150327_AOK Widerspruchsbescheid_04-04-2015 zugestellt (KLV1).pdf	K4.1	
K3.b				Anlage K3.b_20160129_AOK Widerspruchsbescheid_06-02-2016 zugestellt (KLV1-KLV2-KLV3).pdf	K4.2	
K4.a				Anlage K4.a_20150427_Klage Sozialgericht München (KLV1).pdf	SG03	
K5.a				Anlage K5.a_20160121_AOK_Zahlungserinnerung_Leistungsbescheid (KLV1-KLV2-KLV3).pdf	K3.3	
K5.b				Anlage K5.b_20160127_AOK_Kranken-Pflegeversicherung_neuer Beitrag ab 1.1.2016.pdf	K2.3	
K5.c				Anlage K5.c_20160201_Nachfrage bzgl neuem Beitrag.pdf	K3.4	
K5.d				Anlage K5.d_20160211_Antwort bzgl neuem Beitrag.pdf	K3.5	
K5.e				Anlage K5.e_20160221_Zum Thema Nachfrage bzgl neuem Beitrag.pdf	K3.6	
K6.1				Anlage K6.1_20150507_Vergleichsvorschlag_S28BW-415051208460.pdf	SG03	
K6.2				Anlage K6.2_20150519_aru_AW Unser Zeichen 1200 15 - Rüter Dr Amd AOK Bayern - Beitragspflicht Versorgungsbe	SG05	
K6.3				Anlage K6.3_20150520-26_AOK Annahme Vergleichsvorschlag.pdf	SG06	
K7.a				Anlage K7.a_Anstellungsvertrag Softlab-Rüter ab 01.01.1984.pdf	K1.1	
K7.b				Anlage K7.b_Anstellungsvertrag(sergänzung) Softlab-Rüter ab 28.09.1989.pdf	K1.2	
K7.c				Anlage K7.c_Ergänzung zum Anstellungsvertrag Softlab-Rüter ab 09.01.1998.pdf	K1.3	
K7.d				Anlage K7.d_Altersteilzeitvertrag Cirquent-Rüter ab 01.12.2009.pdf	K1.4	
K8.a				Anlage K8.a_19800601_Versorgungsordnung der Firma Softlab.pdf	K1.5	
K8.b				Anlage K8.b_19810331_Information_Betriebliche Altersvorsorge_Firma Softlab.pdf	K1.6	
K9.a				Anlage K9.a_Versicherungszusage Lebensversicherung 6-874714-301 (KLV1).pdf	K1.7	IG_K-KV_2301
K9.b				Anlage K9.b_Versicherungszusage Lebensversicherung 6-874714-359 (KLV2).pdf	K1.8	IG_K-KV_2302
K9.c				Anlage K9.c_Versicherungszusage Lebensversicherung 6-874714-827 (KLV3).pdf	K1.9	IG_K-KV_2303
K10				Anlage K10_Nachweise der Allianz Lebensversicherungs-AG 1999-2004 (KLV1).pdf	K1.10	IG_K-KV_2304
K11				Anlage K11_Westlimmo Bank Jahreskontoauszug 2015 mit Tilgung.pdf	entf.	
K12.a				Anlage K12.a_20020321_Krankenversicherung und Pflegeversicherung der Rentner_GKV.pdf		IG_O-KK_001
K12.b				Anlage K12.b_20021218_AVmG - Auswirkungen auf die Arbeitsentgeltentgelt_GKV.pdf		IG_O-KK_002
K12.c				Anlage K12.c_20080925_Beitragrechtliche Beurteilung_Aufbau betrieblicher Altersvorsorge_GKV.pdf		IG_O-KK_006
K13.a				Anlage K13.a_20030908_Deutscher Bundestag Gesetzentwurf_DS 15_1525_S.139.pdf		IG_O-PP_105
K13.b				Anlage K13.b_20030908_Deutscher Bundestag Gesetzentwurf_DS 15_1525_S.140.pdf		IG_O-PP_105
K13.c				Anlage K13.c_20030924_Deutscher Bundestag_DS 15_1586.pdf		IG_O-PL_111
K14				Anlage K14_20160216_Beitragseinnahmen_2000-2014_BMG (Druckbild verbessert).pdf		IG_O-PE_112
K15				Anlage K15_20041117_BMF Schreiben_Steuerliche Förderung der PAV und BAV.pdf		IG_O-PE_401

Der Beschwerdeführer verweist auf die „Application Form - 71. Anmerkungen“

Es ist einerseits erforderlich für den Nachweis der **Einhaltung der Zulässigkeitsvoraussetzungen gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Konvention** die eingelegten Rechtsmittel und das Datum der letzten Entscheidung aufzuzeigen; es geht aber auch darum zu zeigen, dass nicht nur die Verletzung der Rechte des Beschwerdeführers das Thema ist, sondern dass in gleicher Weise 6,3 Mio Bundesbürger um ca. 20% ihrer Ersparnisse aus Kapitallebensversicherungen betrogen wurden bzw. werden mit einer aktuellen Betrugssumme von ca. 30 Milliarden Euro.

Es ist deshalb notwendig aus der Anzahl der ca. 750 vorhandenen Beweisdokumente mit über 11000 Seiten („beigefügte Unterlagen“ **S. 1**) geeignet auszuwählen.

Die in der Beschwerde nachfolgend als **ANLAGE 4** ausgewählten und beigefügten Dokumente (**S. 72-199**) sind in den Übersichten **gelb markiert**. Sie dienen in erster Linie dem Beweis,

- dass keiner der Arbeitsverträge (K1.1 bis K1.4; **S. 72-87**) des Beschwerdeführers eine Versorgungszusage des Arbeitgebers umfasste,
- dass die Regelungen des Arbeitgebers (K1.5, K1.6; **S. 88-93**) die Übernahme von Versorgungszusagen (Betriebsrenten) definitiv ausschlossen
- dass die 3 Kapitallebensversicherungen des Beschwerdeführers (K1.7 bis K1.10 bzw. **[IG_K-KV_2301]** bis **[IG_K-KV_2304]**, **S. 94-118**) keine Abfindungen für Versorgungsanswartschaften waren, sondern Kapitallebensversicherungen
- und dass dies der AOK Bayern und dem Sozialgericht München spätestens seit der Übersendung der Klagebegründung am 22.02.2016 zur Klage 2 mit diesen Dokumenten als Anlagen bekannt war.

Darüber hinaus war dem Versicherer, der Allianz Lebensversicherungs-AG während der gesamten Laufzeit der Versicherungsverträge vollständig klar, dass das Ergebnis der Kapitalansparung privates Sparguthaben erzeugte, welches zu keiner Zeit (also weder vor dem 1.1.2004 noch nachher) sozialversicherungspflichtig zur Kranken- und Pflegeversicherung war (**S. 149-176**).

Die Klageschrift der Klage 2 beim Sozialgericht München (SG66) befindet sich in **ANLAGE5 (S. 222-223)**..

beispielhafte Mitteilungen des BETRUGs an Vorstände von Lebensversicherern

Rüter (Allianz Lebensversicherungs-AG)				
IG K-KV 2301	19850101	"Versicherungszusage" der Allianz Lebensversicherungs-AG_Kapitallebensversicherung 6-874714-301 (KLV1)	7	10
IG K-KV 2302	19851001	"Versicherungszusage" der Allianz Lebensversicherungs-AG_Kapitallebensversicherung 6-874714-359 (KLV2)	8	15
IG K-KV 2303	19891001	"Versicherungszusage" der Allianz Lebensversicherungs-AG_Kapitallebensversicherung 6-874714-827 (KLV3)	9	14
IG K-KV 2304	1999 -2004	jährliche Nachweise der Allianz Lebensversicherungs-AG, exemplarisch für die Jahre 1999-2004 (KLV1); (bei Bedarf erweiterbar)	10	16
IG K-KV 2305		jährliche Nachweise der Allianz Lebensversicherungs-AG, (KLV2); (bei Bedarf nachtragbar)		
IG K-KV 2306		jährliche Nachweise der Allianz Lebensversicherungs-AG, (KLV3); (bei Bedarf nachtragbar)		
IG K-KV 2307	20150916, 20150930	Allianz Lebensversicherungs-AG-Mitteilung der Zahlstelle von Versorgungsbezügen an die AOK (LV2+ LV3)	11	2
IG K-KV 2308	20190808	Telefonnotiz A. Rüter_Fr. Glemser_Abt. für Verwaltung Firmenverträge Stuttgart der Allianz Lebensversicherungs-	12	1
IG K-KV 2309	20190808	Allianz Lebensversicherungs-AG_Bestätigung über Ablauf der Meldung durch die "Zahlstelle" an AOK	13	1
IG K-KV 2310	20190829	Rüter an Vorstandsmitglieder der Allianz Lebensversicherungs-AG ; mit Tatsachenfeststellung von Betrug und Verletzung von Privatgeheimnissen nach StGB_(ES+RS) ; Anlagen [IG_K-KV_2307] , [IG_K-KV_2308] , [IG_K-KV_2309]	14	6
IG K-KV 2312	20190920	Antwort des Allianz Vorstandes auf den Vorwurf des Betrugs u Verletzung Privatgeheimnisse	15	3
IG K-KV 2313	20191009	Brief an Allianz Vorstand (Wiederholung Tatsachenfeststellung: Betrug_Verletzung von Privatgeheimnissen)_Antwort auf 20-09-2019	16	13
IG K-KV 2314	20191021	erneute Antwort des Allianz Vorstandes auf den Vorwurf des Betrugs u Verletzung von Privatgeheimnissen	17	2

Die Anlagen [\[IG_K-KV_2301\]](#) bis [\[IG_K-KV_2304\]](#) (**S. 94-148**) sind auch in der IG homepage barrierefrei verfügbar zusammen mit den Schreiben zwischen dem Beschwerdeführer und den Vorständen der Allianz Lebensversicherungs-AG [\[IG_K-KV_2307\]](#) bis [\[IG_K-KV_2314\]](#) (**S. 149-176**).. Diese belegen, dass die Vorstände für die Tatsachenfeststellung ihres Betrugs im besonders schweren Fall (§ 263 (1), (2), (3) Nr. 2 StGB) und ihrer Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 StGB) nur ein Schulterzucken übrig haben.

Beispiele von anderen Betrogenen belegen allerdings, dass massive Vorhaltungen ihres kriminellen Verhaltens noch vor Auszahlung der Sparerlöse und vor Meldung an die gesetzlichen Krankenkassen die Vorstände von Lebensversicherern ggf. daran hindern können, dass diese sich zu diesen geplanten Straftaten im Einzelfall hinreißen lassen (siehe ANLAGE3: [\[IG_K-KV_990x\]](#), [\[IG_K-KV_9304\]](#), [\[IG_K-KV_920x\]](#)); das gilt auch für die Vorstände der Allianz Lebensversicherungs-AG (siehe ANLAGE3: [\[IG_K-KV_921x\]](#)).

Am letzten Beispiel (siehe ANLAGE3: [\[IG_K-KV_921x\]](#)) ist sehr schön nachzuverfolgen, wie die Allianz Lebensversicherungs-AG den Wechsel von Arbeitgebern benutzte, um mit vertragswidrigen Änderungen in den jeweils „neu ausgegebenen“ Versicherungsscheinen „bei angeblicher Beibehaltung der Versicherungsbedingungen“ den staatlich organisierten Betrug beim Einzelnen vorzubereiten. Als der Beschwerdeführer ab 01.12.2009 in Altersteilzeit ging (**K1.4; S. 83**), versuchte die Allianz Lebensversicherungs-AG bei ihm ebenfalls den Betrug durch „heimliche Veränderung“ der Vertragsbedingungen vorzubereiten; der Beschwerdeführer hat sich aber damals erfolgreich dagegen zur Wehr gesetzt.

Zudem ist in [\[IG_S08\] 20200110_Die Versicherer der Kapitallebensversicherungen stehen den gesetzl. Krankenkassen in puncto Kriminalität in nichts nach](#) (S. 797 ff) anhand eines Versicherungsscheines des Beschwerdeführers ([\[IG_K-KV_2301\]](#), S. 94-103) detailliert beschrieben, welche zum Rechtsbruch geradezu einladenden Versicherungsscheine die deutschen Versicherer unter angeblicher Kontrolle durch das BAV bzw. ab 2002 die BaFin und durch das diesem übergeordnete Bundesfinanzministerium (BMF) seit den 80er Jahren verwenden durften. Einem Bundesfinanzministerium übrigens, was ausgerechnet seit März 2018 von jenem Olaf Scholz geführt wird, der sich als SPD Generalsekretär diesen staatlich organisierten Betrug unter Kanzler Schröder ausgedacht hat ([\[IG_S08\]](#) Kap. 4 c; S. 766).

Dass die Versicherer für ihre Mitwirkung im staatlich organisierten Betrug als Gegenleistung die Möglichkeit erhielten zusätzlich auf „eigene Rechnung“ die Versicherten auch noch zu betrügen, können die Betroffenen bisher nicht beweisen. Das ist die einzige Aussage in dem ganzen aufgezeigten Komplex des **staatlich organisierten Betrugs auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch**, die die Betroffenen noch nicht beweisen können; jedoch ist diese Annahme sehr plausibel mit Argumenten unterfüttert (siehe [\[IG_K-KV_2313\]](#), S. 162 und [\[IG_S08\]](#), S. 797 ff).

Nötigung, Diebstahl und Untreue - Strafanträge

IG_K_JU_201	20210411	Die Gesetzliche Aussage des § 229 SGB V (Auszüge aus Klagebegründungen)	193	5
IG_K_JU_202	20210411	Das selbstreferentielle Unrechtssystem des 12. Senats des Bundessozialgerichts (Auszüge aus 20190116 Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz - Teil I)	194	16
IG_K_JU_203	20210411	Der Beschluss des BVerfG vom 28.09.2010 1 BvR 1660/08 Rn12-Rn14 (Auszüge aus Klagebegründungen)	195	2

Und am Ende enthält die **ANLAGE4** die 3 Dokumente die auch z.B. dem Strafantrag gegen die Verantwortlichen der AOK Bayern beigelegt waren und die beweisen (S. 171-199),

- dass die Verbeitragung der Sparerlöse der 3 Kapitallebensversicherungen nach § 229 SGB V nichts anderes als Rechtsbeugung (§ 339 StGB i.V.m. § 12 StGB ein Verbrechen) ist,
- dass der 12. Senat des Bundessozialgerichts ein selbstreferentielles Unrechtssystem geschaffen hat, nach welchem (bis auf wenige Ausnahmen) die Sozialgerichte der Bundesrepublik Deutschland Rechtsbeugung betreiben
- und dass diese rechtsbeugende „Rechts“sicht in klarem Widerspruch zum einzigen Beschluss einer Kammer des Ersten Senats um den Vizepräsidenten Kirchhof steht, den dieser - außer der standardmäßigen Nichtannahme von Verfassungsbeschwerden - jemals in diesem Thema „Verbeitragbarkeit“ gefällt hat.

Verfahren (Klagen 1 und 2) vor der 2. Kammer des Sozialgerichts München

Übersicht über die vorhandenen Dokumente

einein- deutige Nr. Kläger	Datum	Gericht an → an → von von ← ←	Doku- ment Anhänge	Filename XX im Datum = Beweis der Planmäßigkeit der Rechtsbeugung	priv. Ref	IG-Referenz
AOK Vorverfahren						
A1	28.01.2015	←	AOK Bescheid 2015 Versicherungsende KLV1	Anlage A1 - K1.a_20150128_AOK Bescheid.pdf	K1.a	
A2	09.02.2015	→	Widerspruch auf Bescheid 2015 zu KLV1	Anlage A2_20150209_Widerspruch an AOK (ohne Begründung).pdf		
A3	11.02.2015	→	Widerspruch auf Bescheid 2015 zu KLV1 mit Begründung an AOK_2	Anlage A3 - K2.a_20150211_Widerspruch mit Begründung an AOK_2.pdf	K2.a	
A4	23.02.2015	←	AOK Weiterleitung Widerspruch an Rechtsstelle	Anlage A4_20150223_AOK Weiterleitung an Rechtsstelle.pdf		
A5	13.03.2015	←	AOK Ankündigung Sitzung der Widerspruchsstelle	Anlage A5_20150313_AOK Ankündigung Sitzung Widerspruchsstelle.pdf		
A6	04.04.2015	←	20150327 AOK Widerspruchsbescheid 2015 zu KLV1	Anlage A6 - K3.a_20150404 zugestellt_20150327 datiert_AOK Widerspruchsbescheid-1.pdf	K3.a	
A7	16.07.2015	←	20150623 AOK Zahlungserinnerung	Anlage A7_20150716 empfangen_20150623 datiert_AOK Zahlungserinnerung.pdf		
A8	30.10.2015	←	AOK Bescheid 2015 Versicherungsende KLV2-KLV3	Anlage A8 - K1.b_20151030_AOK zweiter Bescheid.pdf	K1.b	
A9	20.11.2015	→	Widerspruch auf Bescheid 2015 zu KLV2-KLV3 mit Begründung an AOK_3	Anlage A9 - K2.b_20151120_Widerspruch 2 mit Begründung an AOK_3_GEZ.pdf	K2.b	
A10	07.12.2015	←	AOK Bestätigung Eingang Widerspruch	Anlage A10_20151207_AOK_Bestätigung Eingang Widerspruch.pdf		
A11	21.01.2016	←	AOK Zahlungserinnerung - Leistungsbescheid	Anlage A11_20160121_AOK_Zahlungserinnerung-Leistungsbescheid.pdf		
A12	27.01.2016	←	AOK Bescheid neuer Beitrag ab 01-01-2016	Anlage A12_20160127_AOK_Kranken-Pflegeversicherung_neuer Beitrag ab 01-01-2016.pdf	K5.b /K2.03	
A14	01.02.2016	→	Weigerung bzgl. neuem Beitrag ab 01-01-2016	Anlage A14 - K5.c_20160201_Weigerung bzgl neuem Beitrag ab 01-01-2016.pdf	K5.c	
A13	06.02.2016	←	20160129 AOK Widerspruchsbescheid zum Widerspruch Erhöhung 2016	Anlage A13 - K3.b_20160206 zugestellt_20160129 datiert_AOK Widerspruchsbescheid-2.pdf	K3.b	
A15	11.02.2016	←	AOK Antwort auf Weigerung bzgl. neuem Beitrag	Anlage A15 - K5.d_20160211_AOK Antwort auf Weigerung bzgl neuem Beitrag.pdf	K5.d	
A16	21.02.2016	→	Rüter zur AOK Antwort vom 11-02-2016	Anlage A16 - K5.e_20160221_Zur AOK Antwort vom 11-02-2016.pdf	K5.e	
A17	03.03.2016	←	AOK Antwort auf 21-02-2016	Anlage A17 - K5.f_20160303_AOK Antwort auf 21-02-2016.pdf	K5.f	
A18	21.01.2017	←	AOK Bescheid neuer Beitrag ab 01-01-2017	Anlage A18_20170121_AOK_Kranken-Pflegeversicherung_neuer Beitrag ab 01-01-2017.pdf	/K2.04	IG_K-KK_2360
A19	02.02.2017	→	Widerspruch zur Beitragserhöhung zum 01-01-2017	Anlage A19_20170202_Widerspruch zur Beitragserhöhung zum 01-01-2017.pdf		IG_K-KK_2361
Sozialgericht München						
SG 01	27.04.2015	→	Klage 1: Klage gegen Widerspruchsbescheid	20150427_Klage Sozialgericht_sb961.pdf	SG01	
SG 02	27.04.2015	→	Anlage 1: Widerspruchsbescheid der AOK vom 27.03.2015	20150327_AOK Widerspruchsbescheid_04-04-2015 zugestellt.pdf	SG02	
SG 03	07.05.2016	←	Vergleichsvorschlag Zusammenfassung S2P159/15 zu S2KR482/15	20150507_Vergleichsvorschlag_S28BW-415051208460.pdf	SG03	
SG 04	19.05.2015	→	Erklärung Entbindung AOK von der Schweigepflicht	20150519_Erklärung der Entbindung der AOK von der Schweigepflicht.pdf	SG04	
SG 05	19.05.2015	→	Aufforderung an RA_Annahme Vergleichsvorschlag	20150519_aru_AW Unser Zeichen 1200 15 - Rüter Dr Arnd_AOK Bayern - Beitragspflicht Versorgungsbezug.JPG	SG05	
SG 06	26.05.2015	←	Kopie von SG_Annahme AOK Vergleichsvorschlag	20150520-26_AOK Annahme Vergleichsvorschlag.pdf	SG06	
SG 07	01.06.2015	←	Kopie von SG_Antrag AOK Zurückweisung der Klage	20150519_Antrag der AOK.pdf	SG07	
SG 08	19.11.2015	←	Anordnung Erörterungstermin Sach- und Rechtslage	20151119 zugestellt_20151116 datiert_Vorladung Erörterung der Sach- und Rechtslage.pdf	SG08	
SG 09	20.11.2015	→	Antrag auf Verschiebung des Erörterungstermins	20151120_Antrag Erörterungstermin.pdf	SG09	
SG 10			Anlage 1: Bescheid der AOK Versicherungen 2 & 3 vom 30.10.2015	20151030_AOK zweiter Bescheid.pdf	SG10	
SG 11	25.11.2015	←	Ankündigung Ruhe-Beschluss zum 08.12.2015 (1. Rechtsbeugung)	20151125_Ankündigung Ruhe-Beschluss zum 08.12.2015.pdf	SG11	

einein- deutige Nr. Kläger	Datum	Gericht an → von ←	AOK an → von ←	Doku- ment Anhänge	Filename XX im Datum = Beweis der Planmäßigkeit der Rechtsbeugung	priv. Ref	IG-Referenz
SG66	22.02.2016	→		Klage 2 mit "Sofort"-Anträgen Zusammenfassung aller Verfahren	20160222_KLAGE 2.pdf	SG66	
SG67				Begleitschreiben für Anträge & Klagebegründung	20160222_Begleitschreiben Anträge & Begründung.pdf	SG67	
KLAGE SG68				Anträge & Klagebegründung (Anlagen mit +/- an linker Seite auf- und zuklappbar)	20160222_Anträge & Klagebegründung.pdf	SG68	
K1.a					Anlage K1.a_20150128_AOK Bescheid (KLV1).pdf	K2.1	
K1.b					Anlage K1.b_20151030_AOK zweiter Bescheid (KLV1-KLV2-KLV3).pdf	K2.2	
K2.a					Anlage K2.a_20150211_Widerspruch mit Begründung an AOK (KLV1).pdf	K3.1	
K2.b					Anlage K2.b_20151120_Widerspruch 2 mit Begründung an AOK (KLV1-KLV2-KLV3).pdf	K3.2	
K3.a					Anlage K3.a_20150327_AOK Widerspruchsbescheid_04-04-2015 zugestellt (KLV1).pdf	K4.1	
K3.b					Anlage K3.b_20160129_AOK Widerspruchsbescheid_06-02-2016 zugestellt (KLV1-KLV2-KLV3).pdf	K4.2	
K4.a					Anlage K4.a_20150427_Klage Sozialgericht München (KLV1).pdf	SG01	
K5.a					Anlage K5.a_20160121_AOK_Zahlungserinnerung_Leistungsbescheid (KLV1-KLV2-KLV3).pdf	K3.3	
K5.b					Anlage K5.b_20160127_AOK_Kranken-Pflegeversicherung_neuer Beitrag ab 1.1.2016.pdf	K2.3	
K5.c					Anlage K5.c_20160201_Nachfrage bzgl neuem Beitrag.pdf	K3.4	
K5.d					Anlage K5.d_20160211_Antwort bzgl neuem Beitrag.pdf	K3.5	
K5.e					Anlage K5.e_20160221_Zum Thema Nachfrage bzgl neuem Beitrag.pdf	K3.6	
K6.1					Anlage K6.1_20150507_Vergleichsvorschlag_S28BW-415051208460.pdf	SG03	
K6.2					Anlage K6.2_20150519_aru_Unser Zeichen 1200 15 - Rüter Dr Arnd AOK Bayern - Beitragspflicht Versorgungsbezug.	SG05	
K6.3					Anlage K6.3_20150520-26_AOK Annahme Vergleichsvorschlag.pdf	SG06	
K7.a					Anlage K7.a_Anstellungsvertrag Sofliab-Rüter ab 01.01.1984.pdf	K1.1	
K7.b					Anlage K7.b_Anstellungsvertrag(sergänzung) Sofliab-Rüter ab 28.09.1989.pdf	K1.2	
K7.c					Anlage K7.c_Ergänzung zum Anstellungsvertrag Sofliab-Rüter ab 09.01.1998.pdf	K1.3	
K7.d					Anlage K7.d_Altersteilzeitvertrag Cirquent-Rüter ab 01.12.2009.pdf	K1.4	
K8.a					Anlage K8.a_19800601_Versorgungsordnung der Firma Sofliab.pdf	K1.5	
K8.b					Anlage K8.b_19810331_Information_Betriebsliche Altersvorsorge_Firma Sofliab.pdf	K1.6	
K9.a					Anlage K9.a_Versicherungszusage Lebensversicherung 6-874714-301 (KLV1).pdf	K1.7	IG_K-KV_2301
K9.b					Anlage K9.b_Versicherungszusage Lebensversicherung 6-874714-359 (KLV2).pdf	K1.8	IG_K-KV_2302
K9.c					Anlage K9.c_Versicherungszusage Lebensversicherung 6-874714-827 (KLV3).pdf	K1.9	IG_K-KV_2303
K10					Anlage K10_Nachweise der Allianz Lebensversicherungs-AG 1999-2004 (KLV1).pdf	K1.10	IG_K-KV_2304
K11					Anlage K11_Westimmo Bank Jahreskontoauszug 2015 mit Tilgung.pdf	entf.	
K12.a					Anlage K12.a_20020321_Krankenversicherung und Pflegeversicherung der Rentner_GKV.pdf		IG_O-KK_001
K12.b					Anlage K12.b_20021218_AvMG - Auswirkungen auf die Arbeitsentgeltanspruch_GKV.pdf		IG_O-KK_002
K12.c					Anlage K12.c_20080925_Beitragrechtliche Beurteilung_Aufbau betrieblicher Altersvorsorge_GKV.pdf		IG_O-KK_006
K13.a					Anlage K13.a_20030908_Deutscher Bundestag Gesetzentwurf_DS 15_1525_S.139.pdf		IG_O-PP_105
K13.b					Anlage K13.b_20030908_Deutscher Bundestag Gesetzentwurf_DS 15_1525_S.140.pdf		IG_O-PP_105
K13.c					Anlage K13.c_20030924_Deutscher Bundestag_DS 15_1586.pdf		IG_O-PL_111
K14					Anlage K14_20160216_Beitragseinnahmen_2000-2014_BMG (Druckbild verbessert).pdf		IG_O-PE_112
K15					Anlage K15_20041117_BMF Schreiben_Steuerliche Förderung der PAV und BAV.pdf		IG_O-PE_401
CD mit sämtlichen Dokumenten							

eineindeutige Nr. Kläger	Datum	Gericht an → von ←	AOK an → von ←	Dokument Anhänge	Filename XX im Datum = Beweis der Planmäßigkeit der Rechtsbeugung	priv. Ref	IG-Referenz
SG 12	04.03.2016	←		CD mit allen Dokumenten zurück	20160304 empfangen_20160303 gesendet_20160302 datiert_CD mit allen Unterlagen zurück.pdf	SG 12	
SG 13	09.03.2016	←		2 Schreiben_Beschlüsse zum Ruhen der Verfahren (KLV1) (2. Rechtsbeugung)	20160309 zugestellt_20160302 datiert_Beschlüsse Ruhen der Verfahren_S2KR 482_15 & S2P 159_15.pdf	SG 13	
SG 14	15.03.2015	←		Empfangsbestätigung Klage 2_Anträge_Klagebegründung	20160315 empfangen_20160314 gesendet_20160301 datiert_Eingangsbestätigung Klage 2.pdf	SG 14	
SG 15	17.03.2016	←		Vergleichsvorschlag Verfahren Klage 2 (P & KR) zusammenzulegen	20160317 empfangen_20160316 gesendet_20160301 datiert_Vergleichsvorschlag.pdf	SG 15	
SG 16	08.04.2016	→		Ablehnung SG Vergleichsvorschlag	20160408_Stellungnahme zum Vergleichsvorschlag.pdf	SG 16	
SG 17	13.04.2016	←		Annahme Vergleichsvorschlag durch SG (3. Rechtsbeugung)	20160413 empfangen_20160412 gesendet_20160404 datiert_SG Annahme Vergleichsvorschlag.pdf	SG 17	
SG 18	15.04.2016	←	←	Kopie von SG_Antrag AOK auf Klageabweisung	20160415_Antrag AOK auf Klageabweisung.pdf	SG 18	
SG 19	17.04.2016	→		Widerspruch gegen Annahme_Tatsachenfeststellung Rechtsbeugung	20160417_Widerspruch SG Annahme Vergleichsvorschlag_Tatsachenfeststellung Rechtsbeugung.doc	SG 19	
SG 20	27.04.2016	←		Aufforderung SG zur Stellungnahme zu 2 AOK Schreiben	20160427 empfangen_20160426 gesendet_20160425 datiert_Aufforderung zur Stellungnahme zu AOK.pdf	SG 20	
SG 21		←	←	Anlage 1: 20160418 Schreiben AOK an SG	20160427 empfangen_20160426 gesendet_20160425 datiert_Anlage 1 20160418 AOK.pdf	SG 21	
SG 22		←	←	Anlage 2: 20160419 Schreiben AOK an SG	20160427 empfangen_20160426 gesendet_20160425 datiert_Anlage 2 20160419 AOK.pdf	SG 22	
SG 23	08.05.2016	→		Begleitschreiben an SG mit Stellungnahme & überarbeitete Klagebegründung	20160508_Begleitschreiben an SG mit Stellungnahme & überarbeitete Klagebegründung.pdf	SG 23	
SG 24		→		Anlage 1: Stellungnahme zu Schreiben AOK 18-19.04.2016	20160508_Anlage 1_Stellungnahme zu Schreiben AOK 18-19.04.2016.pdf	SG 24	
SG 25		→		Anlage K5.f_20160303_AOK Antwort auf 21.02.2016	Anlage K5.f_20160303_AOK Antwort auf 21.02.2016.pdf	SG 25	
SG 26		→		Anlage 3: überarbeitete Anträge & Klagebegründung (V2)	20160508_Anträge & Klagebegründung_V2.pdf	SG 26	
SG 27	21.05.2016	→		Wegen Nachreichen_Aufforderung an AOK Stellungnahme Klagebegründung	20160521_1_Aufforderung an SG wegen ZPO 276.pdf	SG 27	
SG 28	21.05.2016	→		Status Feststellung Anträge vom 21.03.2016 als angenommen betrachtet	20160521_2_Status Anträge an SG vom 21-03-2016.pdf	SG 28	
SG 29	21.05.2016	→		Zwei Anträge auf Beweise durch AOK	20160521_3_Zwei Anträge an SG nach ZPO 423-424.pdf	SG 29	
SG 30	24.06.2016	←		Schreiben SG mit AOK Stellungnahme	20160624 empfangen_20160622 gesendet_20160621 datiert_Schreiben SG mit AOK-Stellungnahme.pdf	SG 30	
SG 31	24.06.2016	←	←	Anlage: AOK Widerspruch vom 15.06.2016 zum Kläger 08.05.2016	20160624 empfangen_20160622 gesendet_20160621 datiert_Anlage_AOK-Stellungnahme.pdf	SG 31	
SG 32	30.06.2016	→		Begleitschreiben an SG mit Widerspruch zum AOK Widerspruch	20160630_Begleitschreiben_Stellungnahme zum AOK Widerspruch vom 15.06.2016.pdf	SG 32	
SG 33	30.06.2016	→		Widerspruch zum Widerspruch der AOK vom 15.06.2016	20160630_Anlage_Stellungnahme zum AOK Widerspruch vom 15.06.2016.pdf	SG 33	
SG 34	31.06.2016	→		Begleitschreiben und Korrektur Seite 1 (2 fach) für Stellungnahme 30.06.2016	20160631_Korrektur Seite 1_Stellungnahme zum AOK Widerspruch vom 15.06.2016.pdf	SG 34	
SG 35	28.07.2016	←		SG Aufforderung Angaben Arbeitgeber und Behördern	20160730 empfangen_20160729 gesendet_20160728 datiert_Aufforderung SG Adressen.pdf	SG 35	
SG 36	31.07.2016	→		Antwort auf Anfrage nach Namen und Anschriften	20160731_an SG_Adresse Firma_Anmahnung Anträge nach ZOP 423.pdf	SG 36	
SG 37	05.08.2016	←		Schreiben SG mit AOK Feststellung der rechtmäßigen Ruhestellung	20160809 empfangen_20160808 gesendet_20160805 datiert_Begleitschr. SG mit AOK Feststellung der Ruhegültigkeit.pdf	SG 37	
SG 38	05.08.2016	←	←	Anlage: 20160801 AOK Feststellung rechtmäßiger Ruhestellung	20160809 empfangen_20160808 gesendet_20160805 datiert_20160801 Anlage AOK Feststellung der Ruhegültigkeit.pdf	SG 38	
SG 39	12.08.2016	→		Begleitschreiben an SG mit Stellungnahme zu AOK vom 01.08.2016 (2-fach)	20160812_Begleitschreiben_zur Stellungnahme zum AOK Schreiben vom 01.08.2016.pdf	SG 39	
SG 40	12.08.2016	→	→	Anlage: Stellungnahme zu AOK vom 01.08.2016	20160812_Anlage_Stellungnahme zum AOK Schreiben vom 01.08.2016.pdf	SG 40	
SG 41	07.09.2016	←		SG mit von Firma ausgefülltem "Führungszeugnis"	20160909 empfangen_20160908 gesendet_20160907 datiert_SG_von NTT Data ausgefülltes Führungszeugnis.pdf	SG 41	
SG 42	09.09.2016	←		Schreiben SG mit Anlage_AOK Erwiderung	20160910 empfangen_20160909 gesendet_20160909 datiert_SG mit AOK Anlage 05-09-2016.pdf	SG 42	
SG 43	05.09.2016	←	←	AOK Erwiderung vom 05.09.2016	20160910 Anlage_20160905 datiert_AOK Erwiderung.pdf	SG 43	
SG 44	12.09.2016	→		Anfrage an SG wegen firmenmäßigem Führungszeugnis	20160912_Anfrage an SG wegen firmenmäßigem Führungszeugnis.pdf	SG 44	
SG 45	13.09.2016	→		Aufforderung an SG_Nachweisübermittlung bzgl. Fristsetzung_SG an AOK	20160913_Begleitschreiben_zur Stellungnahme zur AOK Erwiderung vom 05.09.2016.pdf	SG 45	
SG 46	13.09.2016	→	→	Stellungnahme zur AOK Erwiderung vom 05.09.2016	20160913_Anlage_Stellungnahme zur AOK Erwiderung vom 05.09.2016.pdf	SG 46	
SG 47	13.09.2016	←		SG Anündigung per Gerichtsbescheid zu entscheiden	20160914 empfangen_20160913 gesendet_20160913 datiert_SG Absicht Gerichtsbescheid.pdf	SG 47	
SG 48	13.09.2016	←		SG Anündigung per Gerichtsbescheid zu entscheiden mit zusätzl. Erklärung	20160920 empfangen_20160919 gesendet_20160913 datiert_dto mit zusätzl gelber Erklärung.pdf	SG 48	
SG 49	20.09.2016	←		Antwort SG auf Anfrage 12-09-16 wegen "firmenmäßigem Führungszeugnis"	20160921 empfangen_20160920 gesendet-datiert_Antwort_SG auf Anfrage_firmenmäßigem Führungszeugnis.pdf	SG 49	
SG 50	22.09.2016	←		Schreiben SG mit Einverständniserklärung AOK	20160924 empfangen_20160922 gesendet-datiert_SG Anschreiben_Mitteilung AOK Einverständnis.pdf	SG 50	

eineindeutige Nr. Kläger	Datum	Gericht an → von ←	AOK an → von ←	Dokument Anhänge	Filename	priv. Ref	IG-Referenz
SG 51	22.09.2016	←	←	Anlage_Einverständniserklärung AOK mit Gerichtsbescheid	20160924 empfangen_Anlage_20160916 datiert_Mitteilung AOK Einverständnis.pdf	SG 51	
SG 52	22.09.2016	←		Schreiben SG mit 2fach AOK ohne Bedenken	20160925 empfangen_20160922 gesendet-datiert_SG Begleitbrief_2fach_AOK ohne Bedenken.pdf	SG 52	
SG 53	22.09.2016	←	←	Anlage_2fach AOK ohne Bedenken für Gerichtsbescheid	20160925 empfangen_Anlage_20160916 datiert_2fach AOK ohne Bedenken für Gerichtsbescheid.pdf	SG 53	
SG 54	25.09.2016	→		Ablehnung Gerichtsbescheid_Forderung mündliche Verhandlung	20160925_Ablehnung Gerichtsbescheid_Forderung mündliche Verhandlung.pdf	SG 54	
SG 55	28.02.2017	→		Feststellung Rechtsverweigerung_Forderung nach Verhandlungstermin	20170228_Feststellung Rechtsverweigerung_Forderung nach Verhandlungstermin.pdf	SG 55	
SG 56	07.03.2017	←		Info über beabsichtigte Verhandlung	20170309 empfangen_20160308 gesendet_20160307 datiert_Info zur beabsichtigten Verhandlung.pdf	SG 56	
SG 57	08.06.2017	→		Feststellung Rechtsverweigerung_Forderung nach Verhandlungstermin	20170608_Erneute Feststellung Rechtsverweigerung_Forderung nach Verhandlungstermin_mit ES-Beleg.pdf	SG 57	IG_K-SG_23057
SG 58	19.06.2016	←		Termin mündliche Verhandlung 02-07-2017	20170621 empfangen_20170619 datiert_Terminmitteilung mündliche Verhandlung.pdf	SG 58	
SG 59	06-08.07.201	→		Wortprotokoll des Klägers zum Ablauf der Hauptverhandlung	20170706_Protokollierter Ablauf der Hauptverhandlung.pdf	SG 59	IG_K-SG_23059
SG 60	06.07.2017	→		Erklärung Kläger gelesen und zu Protokoll gegeben in mündl. Verhandlung	20170706_Erklärung Dr. Rüter zur Verhandlung SG München.pdf	SG 60	IG_K-SG_23060
SG 61	11.07.2017	←		Niederschrift des SG München zur Öffentlichen Sitzung	20170711 empfangen_20170710 gesendet_20170706 Niederschrift Öffentliche Sitzung.pdf	SG 61	
SG 62	12.07.2017	→		Ablehnung der Sitzungsniederschrift des SG München	20170712_Ablehnung der Sitzungs-Niederschrift.pdf	SG 62	
SG 63	24.07.2017	→		Antrag auf vollständige rechtsgültige Abschrift des Urteils	20170724_Antrag auf vollständige Austerlegung Urteil_ES-Beleg.pdf	SG 63	
SG 64	09.08.2017	←		rechtsungültige Abschrift des Urteils	20170809 empfangen_20170807 zugestellt_20170706 Urteil SG München.pdf	SG 64	IG_K-SG_23064
SG 65	09.08.2017	→		Tatsachenfeststellungen zu den Verfahren vor dem SG München	SG65_20180130_Tatsachenfeststellungen zu den Verfahren vor dem SG München.pdf	SG 65	IG_K-SG_23065

Der Beschwerdeführer verweist auf die „Application Form - 71. Anmerkungen“

Es ist einerseits erforderlich für den Nachweis der **Einhaltung der Zulässigkeitsvoraussetzungen gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Konvention** die eingelegten Rechtsmittel und das Datum der letzten Entscheidung aufzuzeigen; es geht aber auch darum zu zeigen, dass nicht nur die Verletzung der Rechte des Beschwerdeführers das Thema ist, sondern dass in gleicher Weise 6,3 Mio Bundesbürger um ca. 20% ihrer Ersparnisse aus Kapitallebensversicherungen betrogen werden mit einer aktuellen Betrugssumme von ca. 30 Milliarden Euro.

Es ist deshalb notwendig aus der Anzahl der ca. 750 vorhandenen Beweisdokumente mit über 11000 Seiten („beigefügte Unterlagen“ **S. 1**) geeignet auszuwählen.

Die der Beschwerde nachfolgend in **ANLAGE 5** ausgewählten und beigefügten Dokumente aus dem **Verfahren vor dem Sozialgericht München** sind in der Übersicht aller hierzu vorhandenen Dokumente **gelb markiert**.

Hinzu kommt bei den Dokumenten zum 1. Verfahren vor dem Sozialgericht München, dass nur auf die letzten Dokumente in der IG homepage barrierefrei zugegriffen werden kann.

erste gerichtliche Verfahren:

Rüter 2015 - aktuell

IG_K-SG_23057	20170608	Kläger: Erneute Feststellung der Rechtsverweigerung, Forderung nach Verhandlungstermin, Hinweis auf den Rechtsbruch des BVerfG: 17-05-2017 Übersendung der Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde ← [IG_K-VG_2316]	253	2
IG_K-SG_23059	20170706	vom Kläger protokollierter Ablauf der mündlichen Hauptverhandlung vor der 2. Kammer des SG München.pdf	254	7
IG_K-SG_23060	20170706	vom Kläger verlesene Erklärung zur mündlichen Verhandlung: Status der Erklärung der Beklagten, Erklärungspflicht der Beklagten nach §138 ZPO; Anträgen I bis II ist vom Gericht statt zu geben	255	2
IG_K-SG_23064	20170706	20170809 empfangen_20170807 zugestellt_20170706_nicht beglaubigtes Urteil 2. Kammer SG München (VR Lillig, ER König, ER Schulz) nach mündl. Verhandlung am 06-07-2017	256	13
IG_K-SG_23065	20180130	Tatsachenfeststellungen_Straftaten (=Verbrechen) und Verfassungsbrüche der Richter Lillig, Ehrenamtl. Richter König und Ehrenamtl. Richter Schulz der 2. Kammer des SG München , gesendet an rechtsbeugende Richter und cc an Bayerisches LSG	257	6

Die anderen Dokumente sind nicht in der IG homepage abgelegt, weil sie in der frühen Phase des Rechtsstreits entstanden sind, als der Beschwerdeführer noch nicht so tiefe Einblicke in das gesetzwidrige Verhalten der Juristen hatte.

Heutzutage ist auf Basis der aktuellen Erkenntnisse einiges besser zu machen; siehe auch die Dokumente zu den Klagen 3, 4 und 5 vor dem Sozialgericht München (Klage 3: siehe ANLAGE3 [\[IG_K-SG_23300\]](#) bis [\[IG_K-SG_23331\]](#); Klage 4: siehe ANLAGE3 [\[IG_K-SG_23400\]](#) bis [\[IG_K-SG_23418\]](#); Klage 5: siehe ANLAGE3 [\[IG_K-SG_23500\]](#) bis [\[IG_K-SG_23515\]](#)). Daraus resultiert auch, dass die Richter im ersten Verfahren vor dem Sozialgericht München mit relativ wenig nachgewiesenen Rechtsbrüchen bzw. nachgewiesenen Straftaten davonkamen ([\[IG_K-SG_23065\]](#); **S. 307-311**).

Anmerkung: die Klagen 3, 4 und 5 dienen nicht dazu einen nationalen Rechtsweg zu vervollständigen (denn der ist vollständig durchlaufen), sondern die fortlaufende Erhöhung der „Beiträge“ durch die AOK Bayern als Möglichkeit zu weiterer Klage zu nutzen und so weitere Beweise über die Straftaten der Sozialrichter zu sammeln.

Verfassungsbeschwerde

Übersicht über die vorhandenen Dokumente

Verfassungsbeschwerde Rüter

IG K-VG 2301	20170301	Verfassungsbeschwerde V1 Rüter beim Bundesverfassungsgericht	406	37
IG K-VG 2302		Erweiterungen der Klageschrift beim Sozialgericht für die Verfassungsbeschwerde		
IG K-VG 2303	20170308	AR 1690/17 Regierungsdirektor Maier hat Bedenken wegen der Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde_gesetzeswidrige Bezugnahme auf Merkblatt und Geschäftsordnung des BVerfG	407	19
IG K-VG 2304	20170313	Stellungnahme auf 08-03-2017_Beschwerde über Niveaulosigkeit der Bearbeitung_update Verfassungsbeschwerde	408	10
IG K-VG 2305	20170311	Verfassungsbeschwerde V2 Rüter beim Bundesverfassungsgericht	409	39
IG K-VG 2306	20170320	Amtsinspektorin Wagner_gesetzeswidrige Zuordnung zum Verfahrensregister 1. Senat 1 BvR 610_17	410	2
IG K-VG 2307	20170321	Antwort an Amtsinspektorin Wagner_Vorwurf Bruch §§ 13, 14 BVerfGG und Rechtsbeugung	411	1
IG K-VG 2308	20170321	Beschwerde beim Präsidenten Voßkuhle über die bewusste Missachtung BVerfGG_mit Schreiben an Amtsinspektorin Wagner	412	5
IG K-VG 2309	20170324	Protokoll Telefonat mit Zentrale und Fr Graf (BVerfG EDV)	413	1
IG K-VG 2310	20170324	Ergänzung der Beschwerde beim Präsidenten Voßkuhle_Email mit 5 weiteren Verfassungsbeschwerden mit Missachtung §§ 13, 14 BVerfGG	414	2
IG K-VG 2311	20170329	an Präsident Voßkuhle_Ablehnung aller Richter des Ersten Senats wegen der Befangenheit nach § 19 BVerfGG_mit ausführlicher Begründung	415	9
IG K-VG 2312	20170413	Email Kontaktversuch zu Andrea Hofmann_Bitte um Unterstützung (mit Lesebestätigung)_Verletzung des Postgeheimnisses im BVerfG	416	1
IG K-VG 2313	20170517-18	BVerfG Amtsinspektor Kehrwecker_2 Emails Ankündigung & Übermittlung der Nichtannahme & Pressemitteilung Anlage 1 Pressemitteilung_PM 35-17; Anlage 2 Nichtannahme Verfassungsbeschwerde 1 BvR 610/17	417	9
IG K-VG 2314	20170518	BVerfG Geschäftsstelle Erster Senat_Nichtannahme Verfassungsbeschwerde (orig Ausfertigung beglaubigt Amtsinspektor Kehrwecker)_1 BvR 610/17 https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/04/rk20170413_1bvr061017.html	418	8
IG K-VG 2315	20170518	"Die Ausschlussregelung wegen der Beteiligung Pressemitteilung eines Bundesverfassungsrichters an der Sache ist eng auszulegen"_Pressemitteilung Nr. 35/2017 vom 18.05.2017 zum Beschluss vom 13.04.2017 1 BvR 610/17 https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bv017-035.html?sessionid=D1D300A0F22FE2F14B6C6420DAAD93C5_2_cid361	419	2
IG K-VG 2316	20170523	Mitteilung des Sozialgerichts München über die Mitteilung 17-05-2017 der Ablehnung der Verfassungsbeschwerde durch den Ersten Senat des BVerfG	420	9
IG K-VG 2317	20170528	Schreiben an Vizepräsident Kirchhof_Kommentar zur Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde und zur Pressemitteilung PM 35/17 Beschreibt an Fall 1 wie der Vizepräsident bei konkreten Verfassungsbeschwerden Rechtsbeugung und Verfassungsbruch begeht; enthält zudem den Nachweis, dass alle Richter des Ersten Senats Rechtsbeugung betreiben, um sich über „Gesetz und Recht“ (Art. 20(3) GG) zu stellen. auch unter: Replik des Dr.R. an Kirchhof BVerfG wg. Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8434	421	16
IG K-VG 2318	20170528	Schreiben an Präsident Voßkuhle_Beschwerde über Gesetzes- und Verfassungsbrüche_Hinweis auf Kirchhof Rapport an Binding (SPD)_Aufforderung zu gesetzmäßigem Handeln Anlage 1: IG K-VG 2317 , Anlage 2: IG K-VG 0001 , Anlage 3: IG K-VG 0002	422	4
IG K-VG 2319	20170529	Schreiben von Ministerialrat Wagner BVerfG_Untersuchungsergebnis Nichtvorliegen einer Dienstpflichtverletzung 3132E-	423	3
IG K-VG 2320	20170608	Antwort auf Ministerialrat Wagner_Feststellung der gesetzeswidrigen Zustände im BVerfG Anlage 1: IG K-VG 2309 , Anlage 2: IG K-VG 0003 (S. 17-20)	424	6
IG K-VG 2321	20170608	Schreiben an Präsident Voßkuhle_Antwort an Ministerialrat Wagner_Info-Weitergabe Erster Senat an SG München Anlage 1: IG K-VG 2320 , Anlage 2: IG K-VG 2316 , Anlage 3: 20170608_Schreiben an SG München_Erneute Feststellung Rechtsverweigerung_Forderung nach Verhandlungstermin IG K-SG 23xx	425	3
IG K-VG 2322	20170621	Schreiben Batzke Erster Senat zu 28-05-17 (IG K-VG 2317) oder (IG K-VG 2318) und 08-06-17 (IG K-VG 2321)	426	3
IG K-VG 2323	20170710	Rüter Antwort an Batzke (Erster Senat)	427	5
IG K-VG 2324	20170710	Schreiben an Voßkuhle mit erneuter Feststellung der Rechtsbrüche, Kopie Brief an Batzke, Update für eine Anlage der Verfassungsbeschwerde, gesetzliche Arbeitsteilung der Senate nach Bundesgesetzblatt Anlagen: IG K-VG 2323 , update [IG_O-KK_004] und IG K-KK_001 , IG K-VG 0002	428	3
IG K-VG 2325	20170720	Email an AHofmann (Sekr Voßkuhle)_WICHTIG Vorlage an Prof Dr Voßkuhle PERSÖNLICH Wegen Missachtung des Postgeheimnisses beim BVerfG: Test ob Kommunikation über Sekretärin Voßkuhle bzw. über Email Adresse möglich. Ergebnis: technisch ja, aber Kommunikation wird verweigert	429	2
IG K-VG 2326	20190320	Rüter_OFFENER BRIEF an BVerfG - Voßkuhle cc alle 15 weiteren Richter - mit Appell	430	5
IG K-VG 2327	20190320	Rüter_OFFENER BRIEF an BVerfG - Voßkuhle cc alle 15 weiteren Richter - mit Appell (Handout Version)	431	2
IG K-VG 2328	20191111	Einladung Rüter an den Bundesverfassungsgerichtspräsidenten a.D. Papier zur "Teilnahme als Zuschauer und Gast" an der mündl. Verhandlung am 21-11-2019 vor dem Bayer. LSG; Anlage IG K-LG 23027	432	1
IG K-VG 2329	20200402 -20200423	Leserbrief Rüter zu SZ "Dann hat der liberale Rechtsstaat abgedankt"_Interview H.-J. Papier zu Corona-Krise und Grundrechten - Das verfassungsrechtliche Unvermögen des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts	433	5

Unter **BUNDESVERFASSUNGSGERICHT** sind Dokumente bzw. Informationen aus der Kommunikation mit dem Bundesverfassungsgericht zu finden, i. d. R. beinhalten diese auch je Beschwerdeführer die Mitteilung von Entscheidungen (Beschlüsse, Urteile oder Verfügungen) oder von Pressemitteilungen hierzu.

IG_K-VG_0001	20170502	Erläuterung zum Rapport von Kirchhof (BVerfG) an MdB Binding (SPD) und zur Email Kieseheuer (Vorsitzender DVG) vom 02.05.2017 dazu ←[IG_O-VG_0004]	393	3
IG_K-VG_0002	20170529	Zuständigkeit (§14 BVerfGG) der Senate für Verfahrensarten (§13 BVerfGG)_Arbeitsteilung Senate durch Plenumsbeschlüsse § 14 Abs 4 BVerfGG_Auswertung BGBl 1993 bis 2017 ←[IG_O-VG_xxxx] alle seit Beginn der kriminellen Rechtsprechung	394	20
IG_K-VG_0006	20170919	Schreiben an die ehemaligen Bundesverfassungsrichter DiFabio, Landau, Lübbe-Wolff, Melinghoff, Papier		
IG_K-VG_0003	20190320	OFFENER BRIEF an Voßkuhle & Co _Urania Berlin (verallgemeinerte Version_handout grau)	395	14
IG_K-VG_0004	20190404	Liste Verfassungsbeschwerden zur Rechtssache GMG und die Vorgeschichte der Klagen bei den _(Stand: v7b vom 04-02-2020) Achtung: In anderen Texten wurden ggf. frühere Versionen referenziert, die aber nicht alle gelistet werden, da sie nicht andere, sondern nur weniger Informationen gegenüber dem aktuellen Stand hatten. ←[IG_O-VG_xxxx] alle seit Beginn der kriminellen Rechtsprechung	396	16
IG_K-VG_0005	20180619, 20200224	Schreiben an Ministerialrat Batzke, Rechtspfleger im Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts (die gesammelten Lügen in den "Abschlussverfügungen")	397	9
IG_K-VG_0007	20201015	Reaktionen Mühlbauer bzw. Rüter auf [IG_O-VG_0023] an Bundesverfassungspräsident Harbarth cc an alle Bundesverfassungsrichter Anlagen [IG_O-VG_0023] ; [IG_K-LG_27303] bzw. [IG_O-VG_0023] ; 20200828_Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil III Das Verfassungsgericht ; Inhalte von https://www.ig-gng-geschaedigte.de/Startseite/ ; [IG_K-PP_015]	398	11
IG_K-VG_0008	20201020	BVerfG Regierungsdirektor Maier vom Allgemeinen Register antwortet im Auftrag Harbarth nur Mühlbauer	399	2
IG_K-VG_0009	20210117	Antwort-Schreiben Mühlbauer an Harbarth cc alle Bundesverfassungsrichter_zur haltlosen Behauptung "der Rechtsstaat funktioniert"_mit Vorab-E-mails	400	4

Der Beschwerdeführer verweist auf die „Application Form - 71. Anmerkungen“

Es ist einerseits erforderlich für den Nachweis der **Einhaltung der Zulässigkeitsvoraussetzungen gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Konvention** die eingelegten Rechtsmittel und das Datum der letzten Entscheidung aufzuzeigen; es geht aber auch darum zu zeigen, dass nicht nur die Verletzung der Rechte des Beschwerdeführers das Thema ist, sondern dass in gleicher Weise 6,3 Mio Bundesbürger um ca. 20% ihrer Ersparnisse aus Kapitallebensversicherungen betrogen wurden bzw. werden mit einer aktuellen Betrugssumme von ca. 30 Milliarden Euro.

Es ist deshalb notwendig aus der Anzahl der ca. 750 vorhandenen Beweisdokumente mit über 11000 Seiten („beigefügte Unterlagen“ **S. 1**) geeignet auszuwählen.

Die der Beschwerde nachfolgend in **ANLAGE 6** ausgewählten und beigefügten Dokumente aus der **Verfassungsbeschwerde beim Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts** sind in der Übersicht aller hierzu vorhandenen Dokumente **gelb markiert**. Es wurden nur wenige Beweisdokumente weggelassen, da es um das gesetzwidrige Verhalten des obersten deutschen Gerichts geht.

Von der Verfassungsbeschwerde selbst wird nur das Hauptdokument (**S. 332-370**) beigefügt, da die gesamte Verfassungsbeschwerde 1033 Seiten umfasst. Das sollte hier keine Rolle spielen, da sich das Bundesverfassungsgericht bis heute ja auch nicht mit irgendwelchen inhaltlichen Aussagen der Beschwerde beschäftigt hat.

Die Seitenanzahl in Einzeldokumenten kann ggf. geringer gegenüber der Liste in ANLAGE3 sein, da z.B. unwichtige Sendenachweise weggelassen wurden.

Berufungsverfahren (Klagen 1 und 2)

vor dem 4. Senat des Bayerischen Landessozialgerichts

Übersicht über die vorhandenen Dokumente

Rüter 2015 - aktuell			
IG_K-LG_23021	20170903	Berufung beim Bayerischen LSG nach § 144 (2) Nr. 3 SGG; Anträge; Begründung mit Verfahrensfehlern der 2. Kammer des SG München; Hinweis auf Rechtsbrüche (Strafgesetzbuch und Grundgesetz) der Richter der 2. Kammer des SG München; Anlage1 [IG_K-SG_23064] , Anlage2 [IG_K-SG_23059] , Anlage3 [IG_K-SG_23060]	332 9
IG_K-LG_23023	20180109, 20171229	Begleitbrief des Bayerischen LSG zur Kenntnis und Stellungnahme zur Stellungnahme gesetzl. KK inkl. Stellungnahme der Beklagten zur Berufungsklage mit Antrag an LSG auf Abweisung	333 4
IG_K-LG_23025	20180130 20180120	Schreiben Kläger an Bayerisches LSG inkl. Anlage 1 Anlage1: Stellungnahme des Klägers zum Schreiben der Beklagten (Stellungnahme) vom 29-12-2017 Anlage2: [IG-K-SG_23065]	334 10
IG_K-LG_23027	20191029 20191111	Terminmitteilung des Bayer. LSG (München) für mündl. Verhandlung am 21-11-2019 siehe [IG_K-VG_2328]	335 4
IG_K-LG_23028	20191112	Kläger an LSG in Vorbereitung mündl. Verhandlung am 21-11-2019: formaler Beweisantrag Nr 3 mit Darstellung Konsequenzen für gesetzl Krankenkasse BETRUG in besonders schwerem Fall (LSG Empfangsbestätigung) Anlagen: u.a. [IG_K-KV_2310] bis [IG_K-KV_2314] , [IG_K-KK_2351]	336 6
IG_K-LG_23030	20191114	Begleitschreiben LSG für AOK Mitteilung vom 12-11-2019 [IG_K-LG_23031]	337 1
IG_K-LG_23031	20191112	Mitteilung der AOK über ihre Bescheide u Widersprüche des Klägers seit 2017 (Anlage zu [IG_K-LG_23030])	338 2
IG_K-LG_23032	20191121	Kläger: Erklärung des Berufungsklägers zur mündlichen Verhandlung; vollständig verlesen und vollständig zu Protokoll gegeben	339 5
IG_K-LG_23033	20191121	Kläger: Gedächtnis-Protokoll des Klägers zur mündlichen Verhandlung vor dem Bayerischen LSG am 21-11-2019	340 18
IG_K-LG_23034	20191121	Kläger: Gedächtnis-Protokoll des Klägers zur mündlichen Verhandlung vor dem Bayerischen LSG am 21-11-2019, KOMMENTIERT und mit REFERENZEN versehen	341 26
IG_K-LG_23035	20200222	LSG: auf den 21-11-2019 datierte "Niederschrift" der mündlichen Verhandlung vom 21-11-2019 vor dem LSG München	342 4
IG_K-LG_23036	20200222	LSG: auf den 21-11-2019 datierte nicht beglaubigte "beglaubigte Abschrift" des schriftlichen Urteils zur mündlichen Verhandlung vom 21-11-2019 vor dem LSG München	343 19
IG_K-LG_23037	20200224	Berufungskläger: Ablehnung der Sitzungs-Niederschrift wegen Gesetzeswidrigkeit_Anforderung beglaubigtes Urteil_Ankündigung Liste Straftaten	344 5
IG_K-LG_23038	20200302	LSG Verweigerung einer amtlich beglaubigten Abschrift des Urteils vom 21-11-2019	345 2
IG_K-LG_23039	20200330	LSG: auf den 21-11-2019 datierte nicht beglaubigte "beglaubigte Abschrift" des schriftlichen Urteils zur mündlichen Verhandlung vom 21-11-2019 vor dem LSG München; KOMMENTIERT und mit REFERENZEN versehen	346 31
IG_K-LG_23040	20200330	5 Begleitschreiben an 5 Richter des Bayerischen Landessozialgerichts, Anlage [IG_K-LG_23041]	347 3
IG_K-LG_23041	20200330	Tatsachenfeststellung zu den Rechtsbrüchen im Verfahren L 4 KR 568_17 (v2) durch die Richter des Bayer. Landessozialgerichts: Vors. Richter Dürschke (4. Senat), Richterin Henrich (4. Senat), Richterin Reich-Malter (4. Senat), Hr. Schärtl und Hr. Grundler (ehrenamtl. Richter des LSG): 39 Verfahrensmängel (SGG, ZPO), 1 Nötigung , 115 Rechtsbeugungen (= Verbrechen) , 6 Verfassungsbrüche	348 20
IG_K-LG_23042	20200407	20200416 zugestellt, 20200414 datiert, 202000407 beschlossen; Ablehnung eines nicht gestellten Antrags auf "Berichtigung der Niederschrift" durch VR Dürschke	349 6
IG_K-LG_23043	20200424	Reaktion auf die Zusendung eines rechtsungültigen Beschlusses zu einem nicht gestellten Antrag	350 3
Rüter			
IG_K-BG_2301	20200427	BSG versucht die vom LSG (Vors. Dürschke) an das BSG gesendete Tatsachenfeststellung vom 30-03-2020 über die gesammelten Rechtsbrüche der 5 LSG-Richter als Beschwerde B 12 KR 24/20 B zu bearbeiten	373 1
IG_K-BG_2302	20200501	Rüter verbittet sich Unterstellung einer Beschwerde und die "persönlich" an 5 LSG-Richter gesendete Schreiben zum Gegenstand der Beschwerde zu machen; Verlangen nach Aufklärung wer "Unterstellung Beschwerde" angeordnet hat	374 1
IG_K-BG_2303	20200505 - 20200523	(12-05-20 gesendet_05-05-20 datiert)_Berichterstattein 12. Senat BSG Bergner ←[IG_K-BG_2302] ; mit Antwort Rüter an Richterin Bergner 12. Senats BSG auf die Unterstellung einer Beschwerde	375 4

Der Beschwerdeführer verweist auf die „Application Form - 71. Anmerkungen“

Es ist einerseits erforderlich für den Nachweis der **Einhaltung der Zulässigkeitsvoraussetzungen gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Konvention** die eingelegten Rechtsmittel und das Datum der letzten Entscheidung aufzuzeigen; es geht aber auch darum zu zeigen, dass nicht nur die Verletzung der Rechte des Beschwerdeführers das Thema ist, sondern dass in gleicher Weise 6,3 Mio Bundesbürger um ca. 20% ihrer Ersparnisse aus Kapitallebensversicherungen betrogen wurden bzw. werden mit einer aktuellen Betrugssumme von ca. 30 Milliarden Euro.

Es ist deshalb notwendig aus der Anzahl der ca. 750 vorhandenen Beweisdokumente mit über 11000 Seiten („beigefügte Unterlagen“ **S. 1**) geeignet auszuwählen.

Die der Beschwerde nachfolgend in **ANLAGE 7** ausgewählten und beigegeführten Dokumente aus dem **Berufungsverfahren vor dem Bayerischen Landessozialgericht** sind in der Übersicht aller hierzu vorhandenen Dokumente **gelb markiert**.

Die Kommunikation mit der Richterin Bergner vom **12. Senat des Bundessozialgerichts (BSG)** ([\[IG_K-BG_2301\]](#) bis [\[IG_K_BG_2303\]](#); **S. 566-570**) gehört dazu, denn sie hat versucht dem Vorsitzenden Richter Dr. Dürschke vom 4. Senat des Bayerischen Landessozialgerichts „Amtshilfe“ zu leisten und die Tatsachenfeststellungen über die Straftaten der Richter des 4. Senats als erfundene Beschwerde für nichtig zu erklären. Wahrscheinlich geht auch die vorhergehende Idee des Dr. Dürschke, die Straftatenbeschreibung als „Änderungsantrag“ zum Protokoll der mündlichen Verhandlung zu unterstellen und dann abzulehnen, auf sie zurück ([\[IG_K-LG_23042\]](#) und [\[IG_K_LG_23043\]](#); **S. 558-565**).

Die Diskrepanz in der Zählweise der Rechtsbeugungen (131 oder „nur“ 115) bitte ich zu entschuldigen; bei so viel Kriminalität kann man mit der Zählweise durcheinanderkommen.

Die Seitenanzahl in Einzeldokumenten kann ggf. geringer gegenüber der Liste in ANLAGE 3 sein, da z.B. unwichtige Sendenachweise weggelassen wurden.

Verfahren (Klagen 3, 4 und 5) vor der 17. Kammer des Sozialgerichts München

Übersicht über die vorhandenen Dokumente

Die Verfahren nach den Klagen 3, 4 und 5 dienen **nicht** einer weiteren Erschöpfung des nationalen Rechtswegs (denn der ist erschöpft), sondern sind darauf zurück zu führen,

a) dass die AOK Bayern (wie alle gesetzlichen Krankenkassen) bei ihrem Betrug auch noch mit schöner Regelmäßigkeit die betrügerischen Beiträge erhöht (hier: Erhöhungen 2019 und 2017),

b) dass sie diesen Betrug auch auf andere Bereiche anwendet (hier: Erstattung von Arzneimittel-Zuzahlungen bei chronisch Kranken) und

c) dass der Beschwerdeführer auch weiterhin die dadurch gegebene Möglichkeit nutzt, den Richtern der Sozialgerichte weitere Straftaten nachzuweisen. Wie z.B. [\[IG_K-SG_23315\]](#), [\[IG_K-SG_23416\]](#), [\[IG_K-SG_23514\]](#) (siehe ANLAGE 3) zeigen, gelingt dies auch.

Anmerkung:

Das Dokument [\[IG_K-SG_23300\]](#) zeigt ganz nebenbei, dass die Klage 3 schon **über 2 Jahre** auf eine gesetzeskonforme Bearbeitung wartet. Die Dokumente [\[IG_K-KK_2360\]](#) und [\[IG_K-KK_2361\]](#) zeigen, dass seit dem Bescheid der AOK Bayern vom 21.01.2017 zur Erhöhung der ungesetzlich geforderten Beiträge und dem Widerspruch dagegen vom 02.02.2017 sogar **über 4,5 Jahre vergangen** sind ohne dass das Verfahren vor dem Sozialgericht München abgeschlossen ist.

Soviel zu dem Irrglauben, das EGMR Piloturteilsverfahren „Rumpf gegen Deutschland“ hätte zu einer Verkürzung der Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland auf angemessene Zeiträume geführt.

Rüter			
gerichtliche Verfahren anlässlich Erhöhung 2019:			
IG_K-SG_23300	20190804	Klage gegen Erhöhung 2019 (Beitragsbescheide 2015, 2016, 2017, 2019), Widerspruchsbescheid AOK vom 09-07-2019 ←[IG_K-KK_2348]; mit Eingangsbestätigung Az. S 17 KR 2046/19 vom 16-08-2019	261 6
IG_K-SG_23302	20190828	SG informiert: 22-08-2019 AOK stellt Antrag die noch unbegründete Klage "als unbegründet zurückzuweisen" und übersendet 1 Band Verwaltungsakten	262 3
IG_K-SG_23303	20190903	SG schlägt Ruhigstellung vor mit Verweis auf LSG-Berufung (03-09-2019 und 18-09-2019); SG beantwortet die Frage	263 9
IG_K-SG_23308	20190918	nach Zusammenlegbarkeit der SG- u LSG-Verfahren nach § 56 SGG nicht (10-09-2019 und 12-09-2019)	
IG_K-SG_23308	20191028	Klage vom 04-08-2019 beim SG München S17 KR 2046/19 anlässlich Erhöhung 2019 mit Begründung vom 28-10-2019; inkl. Bestätigung der persönlichen Abgabe mit diversen Anlagen u.a. [IG_K-KK_2351] und [IG_K-KV_2310] bis [IG_K-KV_2313] ←[IG_K-KK_2330] bis [IG_K-KK_2352]	264 43
IG_K-SG_23310	20191217	14-01-2020 SG informiert: AOK-Antwort vom 17-12-2019 auf richterliche Aufforderung vom 06-11-2019 zur Stellungnahme	265 3
IG_K-SG_23312	20200114	zur Klagebegründung: AOK weiß noch nicht ob Klage in das Berufungsverfahren inkludiert worden sei	
IG_K-SG_23312	20200117	Stellungnahme Kläger: 1) SG hat Kläger nicht gesetzeskonform informiert 2) Klageinhalt nur vom Kläger bestimmt 3) SG	266 2
IG_K-SG_23313	20200224	hat Klärung Regelungsgehalt § 56 SGG verweigert 4) SG erfüllt § 103 SGG nicht	
IG_K-SG_23313	-20200228	SG behauptet Klage sei unzulässig u verlangt Stellungnahme; mit Anlage Schreiben von AOK: Klage bei SG sei Teil der	267 4
IG_K-SG_23315	20200317	Berufungsklage beim LSG geworden, mit Anlagen ←[IG_K-LG_23035] , ←[IG_K-LG_23036]	
IG_K-SG_23316	20200319	Kläger: Feststellung doppelte Rechtsbeugung (=Verbrechen) und Verfassungsbrüche (Art 20 (3), 97 (1), 103 (1)) GG) durch SG (17. Kammer) Richterin Fr. Wagner-Kürn	268 5
IG_K-SG_23317	20200324	SG Zusage Akteneinsicht_lächerliche Aufforderung_Bestätigung der Rechtsanhängigkeit	269 2
IG_K-SG_23318	20200331	AOK Stellungnahme zu 17-03-2020_hält an "Rechtsauffassung" fest	270 1
IG_K-SG_23319	20200414	SG Postzustellung_Ankündigung Absicht Entscheidung durch Gerichtsbescheid_Stellungnahme bis 30-04-2020, ANL [IG_K-SG_23317]	271 2
IG_K-SG_23320	20200414	Stellungnahme zu den Schreiben des SG vom 19-03-2020 u 31.03.2020 insb. zu beabsichtigtem Gerichtsbescheid, ANL [IG_K-SG_23320]	272 4
IG_K-SG_23321	20200422	Erklärung Kläger zur kommenden mündlichen Verhandlung vor dem SG (Stand ohne Terminfestlegung)	273 5
IG_K-SG_23323	20200519	SG Begleitbrief mit_02-04-2020 AOK mit Gerichtsbescheid einverstanden	274 2
IG_K-SG_23324	20200519	SG Begleitbrief mit_11-05-2020 AOK_KV Anteil der Klage bereits bei LSG abgelehnt u Hinweis auf fehlendes PV Az	275 3
IG_K-SG_23325	20200519	SG Beschluss nach § 75 (2) SGG_Beiladung der Pflegekasse der AOK (mit Postzustellung)	276 4
IG_K-SG_23326	20200524	Stellungnahme Kläger zu den Behauptungen der AOK ← [IG_K-SG_23323] , ← [IG_K-SG_23324]	277 5
IG_K-SG_23327	20200602	SG Begleitschreiben mit AOK (Lang) Stellungnahme 25-05-2020 zur Beiladung und Verweis auf AOK Schreiben vom 24-02-2020 ← [IG_K-SG_23313]	278 3
IG_K-SG_23328	20200613	Reaktion auf AOK Schriftsatz vom 11-05-2020 und 02-06-2020_Forderung nach Vorlage AOK Bevollmächtigung ← [IG_K_SG_23323] , [IG_K-SG_23326]	279 3
IG_K-SG_23329	20200710	Begleitschreiben SG mit_Schreiben AOK Lang vom 01-07-2020 und "Generalsterminvollmacht" von Direktor Schurer an Birgitta Lang vom 05-12-2017	280 4
IG_K-SG_23330	20200720	Reaktion Kläger auf SG Übersendung_AOK Schreiben vom 01-07-2020 mit Vollmacht vom 05-12-2017 Anlagen: [IG_K-KK_2351], [IG_K-LG_23041], [IG_K-KK_2364]	281 3
IG_K-SG_23331	20200804	Info nach Reaktion des AOK Vorstandes auf Schreiben vom 20-07-2020 und Forderung an das SG den Mangel der Prozessunfähigkeit der Beklagten durch Forderung an diese zu beseitigen	282 4
IG_K-SG_23332	20210724	Begleitbrief an SG_S 17 KR 2046/19_zu Bescheiden-Widersprüchen-"Sammel"widerspruchsbescheid_Anmerkungen zu Politiker Aussagen Petitionsausschuss zur Schliessung Petition 2-18-15-8272-003156 (Mühlbauer-2014) Anlagen: [IG_K-KK_2372], [IG_K-KK_2373], [IG_K-KK_2380], [IG_K-KK_2381], [IG_K-KK_2384], [IG_K-KK_2385], [IG_K-KK_2390], [IG_K-KK_2391] (wie [IG_K-SG_23418] und [IG_K-SG_23512])	283 16
gerichtliche Verfahren anlässlich Erhöhung 2017:			
IG_K-SG_23400	20200401	Begleitschreiben und KLAGE gegen den Bescheid über die Beitragserhöhung 2017 (ANL1 [IG_K-KK_2360] , ANL2 [IG_K-KK_2361])	284 4
IG_K-SG_23402	20200409	Bestätigung Eingang Klage unter Az S 17 KR 386/20	285 2
IG_K-SG_23403	20200610	Begleitschreiben mit modifizierter Klage (Widerspruchsbescheid ← [IG_K-KK_2363]) und Klagebegründung ANL1 AOK Widerspruchsbescheid ← [IG_K-KK_2363] (geeignet als MUSTER für Klagen)	286 33
IG_K-SG_23405	20200610	ANL2 Erklärung Kläger zur kommenden mündlichen Verhandlung vor dem SG (Stand ohne Terminfestlegung) (analog [IG_K-SG_23320])	287 5
IG_K-SG_23406	20200612	Begleitschreiben datiert 10-06-2020 mit Aufforderung Stellungnahme & Schreiben AOK vom 02-06-2020 (Antrag auf Zurückweisung der Klage)	288 4
IG_K-SG_23408	20200613	Beschluss SG nach § 75 (2) SGG_Beiladung der Pflegekasse der AOK	289 3
IG_K-SG_23409	20200613	Stellungnahme Kläger zum AOK Schriftsatz vom 02-06-2020 (Forderung nach Vorlage AOK Bevollmächtigung)	290 4
IG_K-SG_23410	20200630	SG zur Kenntnisnahme an Kläger: AOK (Lang) "Rechtsstandpunkt bleibt aufrechterhalten"	291 3
IG_K-SG_23411	20200701	SG an Kläger zur Stellungnahme: AOK (Lang) ausführliche Stellungnahme vom 25-06-2020	292 6
IG_K-SG_23412	20200720	Reaktion Kläger auf die SG Übersendung der Schreiben der AOK vom 18-06-20 und 25-06-20 Anlagen: [IG_K-SG_23329] , [IG_K-KK_2351] , [IG_K-LG_23041] , [IG_K-KK_2364]	293 4
IG_K-SG_23413	20200804	Info nach Reaktion des AOK Vorstandes auf Schreiben vom 20-07-2020 und Forderung an das SG den Mangel der Prozessunfähigkeit der Beklagten durch Forderung an diese zu beseitigen	294 4
IG_K-SG_23414	20200807	SG hat keine Zweifel an Bevollmächtigung Lang ANL1_20200804 erneute Selbstermächtigung Lang; ANL2 erneut "Generalsterminvollmacht" vom 05-12-2017	295 4
IG_K-SG_23415	20200807	(20200811 förm. Zustellung)_SG beabsichtigt Entscheidung per Gerichtsbescheid; Stellungnahme bis zum 03-09-2020	296 2
IG_K-SG_23416	20200818	Stellungnahme zu den 2 Schreiben SG vom 07-08-2020_Tatsachenfeststellung diverse Straftaten der Richterin Wagner-Kürn: Begünstigung von Amtsnahe (Prüfung von Amts wegen) Begehen durch Unterlassung versuchte Rechtsbeugungen	297 7
IG_K-SG_23417	20200820	SG zur Kenntnis an Kläger_20200817 AOK (Lang) hat nichts gegen Gerichtsbescheid	298 2
IG_K-SG_23418	20210724	Begleitbrief an SG_S 17 KR 386/20_zu Bescheiden-Widersprüchen-"Sammel"widerspruchsbescheid (wie [IG_K-SG_23331] und [IG_K-SG_23512])	299 16

gerichtliches Verfahren anlässlich Arzneikostenrückerstattung 2015-2019 mit betrügerischer Berechnung von Versorgungsbezügen				
IG_K-SG_23500	20201113	Begleitschreiben und KLAGÉ gegen die Bescheide über Arzneikostenrückerstattung für die Jahre 2015 - 2019 wegen betrügerischer Unterstellung von Versorgungsbezügen	298	7
IG_K-SG_23501	20201119	SG Bestätigung des Eingangs am 16-11-2020 der Klage vom 13-11-2020_Az S 17 KR 1590_20	299	1
IG_K-SG_23502	20201215	Eingang 18-12-2020_SG Begleitschreiben u Aufforderung Stellungnahme Kláger zu ANL1 bis 26-01-2021_ANL1 07-12-2020 (Eingang 11-12-2020) AOK BL Kaiser Antrag auf Klageabweisung wg. Unzulässigkeit_ANL2 15-12-2020 Aufforderung SG an AOK zu Stellungnahme wg. Annahme von Untätigkeitsklagen des Klágers	300	4
IG_K-SG_23503	20210122	Begleitschreiben und Stellungnahme an SG München zu Schreiben AOK mit Antrag auf Klageabweisung vom 07-12-2020	301	4
IG_K-SG_23504	20200112	Schreiben SG mit Alternativen Untätigkeitsklage_Stellungnahme gefordert zur Anlage KK vom 22-12-2020	302	3
IG_K-SG_23505	20210219	Begleitschreiben und Stellungnahme an SG München zu 12-01-2021 bzw AOK-Anlage vom 22-12-2020	303	3
IG_K-SG_23506	20210129	(20210202 Eingang) SG_Klage nunmehr zulässig_Klagebegründung innerhalb 6 Wochen	304	2
IG_K-SG_23507	20210315	Begleitbrief für Anträge und Begründung zu Klage 5	305	2
IG_K-SG_23508	20210315	KLAGE 5 beim SG München_mit Anträgen und Begründung	306	39
IG_K-SG_23509	20210428	(Eingang 30-04-2021) SG Begleitschreiben zu AOK Schriftsatz_Aufforderung Stellungnahme 6 Wochen	307	2
IG_K-SG_23510	20210527	Begleitbrief an SG mit_20210527 ANL Stellungnahme (2x) zu AOK vom 20-04-2021	308	8
IG_K-SG_23511	20210614	(Eingang 16-06-2021)_SG Begleitbrief mit Schreiben 20210609 AOK (Kirner) zu Kostenerstattung 2015 (ohne beigefügte Unterlagen)	309	3
IG_K-SG_23512	20210724	Begleitbrief an SG_S 17 KR 1590/20_zu Bescheiden-Widersprüchen-"Sammel"widerspruchsbescheid (wie IG_K-SG_23331] und IG_K-SG_23418]) zusätzlich Stellungnahme zu IG_K-SG_23511]	310	17
IG_K-SG_23513	20210729	(förmliche Zustellung 04-08-2021) Gericht beabsichtigt Gerichtsbescheid_Äußerung Kláger bis 24-08-2021	311	2
IG_K-SG_23514	20210819	Stellungnahme an SG zur Absicht Gerichtsbescheid_ Richterin Wagner-Kürn beabsichtigt Verbrechen (strafbarer Versuch der Rechtsbeugung) und diverse weitere Straftaten und Verfassungsbrüche zu begehen	312	5
IG_K-SG_23515	20210818	(Eingang 20-08-2021) SG Begleitschreiben_AOK (Kirner 16-08-2021) ist mit Gerichtsbescheid einverstanden	313	2

Das Schreiben [\[IG_K-SG_23329\]](#) (**S. 576-578**) an das Sozialgericht München ist hier zusätzlich bei den Nachweisen zur AOK Bayern aufgenommen um zu belegen, dass die Verweigerung der Prozessfähigkeit durch die AOK Bayern vom Sozialgericht München gestützt wird.

Das Schreiben [\[IG_K-SG_23512\]](#) (**S. 632-648**) an das Sozialgericht München ist hier zusätzlich bei den Nachweisen zur AOK Bayern aufgenommen um zu belegen, dass der Widerspruchsausschuss der AOK Bayern in den Widerspruchsbescheiden nichts weiter zusammenbringt als eine Ansammlung von Lügen.

Kommunikation mit der AOK Bayern

Übersicht über die in der IG homepage abgelegten Dokumente

Rüter			
vorgerichtliche Verfahren anlässlich Erhöhung 2019:			
IG K-KK 2330	20190129	AOK Beitragsbescheid_Kranken-Pflegeversicherung_neuer Beitrag ab 1.1.2019	119 3
IG K-KK 2331	20190203	Widerspruch gegen Beitragserhöhung 2019	120 3
IG K-KK 2332	20190226 -20190705	Kommunikation im vorgerichtlichen Verfahren (14 Schreiben)	121 20
IG K-KK 2348	20190709	Widerspruchsbescheid_AOK Widerspruchsstelle Direktion München	122 9
IG K-KK 2351	20190725	Rüter an AOK Verantwortliche_ Tatsachenfeststellung BETRUG in besonders schwerem Fall	123 4
IG K-KK 2346	20190705 -20191004	Kommunikation parallel zum gerichtlichen Verfahren I (8 Schreiben) Die AOK Mitarbeiter der AOK-Direktion München reagieren mit Leistungsbescheiden und Mahnungen, wenn es jemand waqt ihnen zu widersprechen. Manchmal verläuft das Widerspruchsverfahren mangels Relevanz im	124 22
IG K-KK 2355	20190920 -20200306	Kommunikation parallel zum gerichtlichen Verfahren II (9 Schreiben) - Die AOK Bayern kassiert durch Eigenermächtigung per Satzung bei verspäteten Zahlungen grundsätzlich doppelte Mahngebühren. Aufgabe durch die AOK - Betrugsversuch mit doppelten Mahngebühren wird beendet	125 22
vorgerichtliche Verfahren anlässlich Erhöhung 2017:			
IG K-KK 2360	20170121	AOK Beitragsbescheid_Kranken-Pflegeversicherung_neuer Beitrag ab 1.1.2017 (ANL K2.04)	126 3
IG K-KK 2361	20170202	Widerspruch zur Beitragserhöhung zum 01-01-2017 (ANL A19)	127 1
IG K-KK 2362	20200331	Schreiben an AOK_ Aussetzen der Zahlungen wg. Nichtbearbeitung Widerspruch zur Erhöhung 2017	128 4
IG K-KK 2363	20200512	AOK Widerspruchsbescheid zum Widerspruch vom 02.02.2017 (22-05-2020 förmli. Zustellung) ← [IG K-KK 2361] , ← [IG K-KK 2362]	129 7
vorgerichtliche und gerichtliche Verfahren:			
IG K-KK 2364	20200720	Rüter an Vorstände der AOK Bayern_Aufforderung zur Klärung der Mitarbeiter-Vollmachten	130 4
IG K-KK 2365	20200730	Der Vorstand der AOK Bayern lässt den Bereichsleiter Recht antworten	131 1
IG K-KK 2366	20200804	Rüter stellt an Vorstände der AOK Bayern Amtsanmaßung von Mitarbeitern und die fortgesetzte Prozessunfähigkeit der AOK Bayern fest	132 4
IG K-KK 2367	20201115 -20201116	Rüter Schreiben an AOK Vorstand mit AOK Lagebewertung (Häufigkeit der Klagen, Rechtsverweigerung AOK in vorgerichtlichen u gerichtlichen Verfahren, Amtsanmaßung der AOK-Mitarbeiter, Prozessunfähigkeit der AOK, Rechtsbeugung u Verfassungsbruch der Sozialgerichte)_ erneutes Aussetzen der Zahlungen cc: an Service Team und an die Mitglieder des Verwaltungsrats der AOK Bayern	133 7
IG K-KK 2368	20201230	(Eingang 05-01-2021) AOK_Offene Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung - Leistungsbescheid (Original zurück gesandt)	134 3
IG K-KK 2369	20210113	Rüter Reaktion auf den anonymen, unqualifizierten Leistungsbescheid = Rücksendung des Originals ANL1: Original [IG K-KK 2368] , ANL2: [IG K-KK 2367]	135 1
IG K-KK 2370	20210121	(Eingang 26-01-2021) AOK Versicherungsservice (A Riedl) Leistungsbescheid - Offene Beiträge zur KK- und PV-Versicherung Nov 2020 - Dez 2020	136 3
IG K-KK 2371	20210221	Rüter Antwort an Versicherungsservice München - Service Team 5 (anonyme, unverschämte Zuschriften)	137 2
IG K-KK 2372	20210128	(Eingang 30-01-2021)_AOK (A Riedl) Neuer Beitrag ab 01-01-2021	138 4
IG K-KK 2373	20210226	Rüter Reaktion auf Neuen Beitrag_an Versicherungsservice München - Service Team 5_cc AOK Vorstände_Schreiben vom 28-01-2021 ist Mitteilung den Betrug fortzusetzen	139 8
IG K-KK 2374	20210219	(Eingang 24-02-2021)_AOK (A. Riedl) Offene Beiträge_Leistungsbescheid Nov 2020 bis Jan 2021	140 2
IG K-KK 2375	20210226	Rüter Original-Rücksendung [IG K-KK 2374]	141 2
IG K-KK 2376	20210315	(Eingang 16-03-2021)_AOK (Ressortleiter V102 Grundsatz-Recht) zum Schreiben Rüter vom 26-02-2021	142 2
IG K-KK 2377	20210318	Rüter Schreiben an AOK Vorstände (wg Schreiben Ressortleiter V102)_cc Ressortleiter & Versicherungsservice	143 8
IG K-KK 2378	20210317	(Eingang 18-03-2021)_AOK (Ihre Mitgliedschaft bei unserer AOK Bayern) Markus Grossmann BL Versicherungsservice	144 2
IG K-KK 2379	20210321	Rüter Schreiben an AOK Vorstände (wg Schreiben BL Versicherungsservice)_cc BL Grossmann	145 10
IG K-KK 2380	20210326	20210327 Eingang_AOK Beendigung der Leistungsansprüche zum 06-04-2021 wg rückständiger Beiträge zur Kranken- u Pflegeversicherung - Leistungsbescheid	146 2
IG K-KK 2381	20210329	Rüter Antwort an Vorstand der AOK Bayern auf Beendigung Leistungsansprüche	147 3
IG K-KK 2382	20210407	(Eingang 13-04-2021)_AOK Erneute Drohung mit Zwangseinziehung ab 15-04-2021	148 1
IG K-KK 2383	20210414	(Eingang 16-04-2021)_AOK (M Jocher Serviceteam) bestätigt Eingang Widerspruch an Vorstand vom 29-03-	149 1
IG K-KK 2384	20210421	(Eingang 24-04-2021)_AOK Versicherungsservice (A Riedl)_Offene Beiträge zur Kranken- u Pflegeversicherung - Leistungsbescheid	150 2
IG K-KK 2385	20210430	Rüter WIDERSPRUCH auf Leistungsbescheid_Offene Beiträge Nov 2020 - März 2021 vom 21-04-2021 an AOK Versicherungsservice cc: Vorstände der AOK	151 12
IG K-KK 2386	20210510	(Eingang 20210514) AOK (M Jocher Versicherungsservice) Bestätigung Eingang Widerspruch	152 1
IG K-KK 2387	20210521	(Eingang 20210524) AOK Versicherungsservice (Riedl)_Offene Beiträge zur Kranken- u. Pflegeversicherung (bis April 2021)	153 2
IG K-KK 2388	20210610	Rüter WIDERSPRUCH auf Leistungsbescheid_Offene Beiträge Nov 2020 - April 2021 vom 21-05-2021 an AOK Versicherungsservice cc: Vorstände der AOK	154 3
IG K-KK 2389	20210621	(Eingang 24-06-2021) AOK Versicherungsservice (Riedl)_Offene Beiträge zur KV & PV_Leistungsbescheid Nov 2020 - Mai 2021	155 2
IG K-KK 2390	20210622	(förmli. Zustellung 02-07-2021) Widerspruchsbescheid zu den Widersprüchen vom 26.02. ([IG K-KK 2375]), 29.03. ([IG K-KK 2381]), 30.04.2021 ([IG K-KK 2385])	156 17
IG K-KK 2391	20210622	wie [IG K-KK 2390] mit Markern Antwort über das SG: siehe [IG K-SG 23331] , [IG K-SG 23418] , [IG K-SG 23512]	157 17
IG K-KK 2392		diverse Nachweise der gesetzwidrigen Sperrung der Krankenversicherung	
IG K-KK 2393	20210720	AOK Übersendung funktionierende AOK Karte nachdem die Erpressung (§ 253 StGB) gewirkt hat	158 1
IG K-KK 2394	20210715	(Eingang 17-07-2021) AOK Mitteilung über das Ende des Ruhens der Leistungen (Team 5_Jochen) - Geständnis der Erpressung (§ 253 StGB)	159 2

Der Beschwerdeführer verweist auf die „Application Form - 71. Anmerkungen“

Es ist einerseits erforderlich für den Nachweis der **Einhaltung der Zulässigkeitsvoraussetzungen gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Konvention** die eingelegten Rechtsmittel und das Datum der letzten Entscheidung aufzuzeigen; es geht aber auch darum zu zeigen, dass nicht nur die Verletzung der Rechte des Beschwerdeführers das Thema ist, sondern dass in gleicher Weise 6,3 Mio Bundesbürger um ca. 20% ihrer Ersparnisse aus Kapitallebensversicherungen betrogen wurden bzw. werden mit einer aktuellen Betrugssumme von ca. 30 Milliarden Euro.

Es ist deshalb notwendig aus der Anzahl der ca. 750 vorhandenen Beweisdokumente mit über 11000 Seiten („beigefügte Unterlagen“ **S. 1**) geeignet auszuwählen.

Die der Beschwerde nachfolgend in **ANLAGE 8** ausgewählten und beigefügten Dokumente im Wesentlichen aus der **Kommunikation mit der AOK Bayern** sind in der Übersicht aller hierzu vorhandenen Dokumente **gelb markiert**.

Die Seitenanzahl in Einzeldokumenten kann ggf. geringer gegenüber der Liste in ANLAGE 3 sein, da z.B. unwichtige Sendenachweise weggelassen wurden.

Übersicht über die vorhandenen Dokumente zum Strafantrag gegen die Verantwortlichen der AOK Bayern wegen Nötigung

Nötigung (AOK Bayern) - Rechtsbeugungen, Strafreitelungen im Amt, Verfassungsbrüche (Staatsanwaltschaften) - Strafanträge Rüter				
IG_K-JU_2301	20210411	Rüter an Amtsgericht München_Strafantrag gegen die Vorstände Dr. Irmgard Stippler, Stephan Abele und weitere Mitarbeiter AOK Bayern wegen Nötigung im besonders schweren Fall § 240 (1), (2), (4) Nr. 2 StGB Beweismittel: BM01 - BM03 = [IG_K-JU_201] , [IG_K-JU_202] , [IG_K-JU_203] BM04 = [IG_K-LG_23041] , [IG_K-LG_23042] , [IG_K-LG_23043] BM05 - BM10 = [IG_K-KK_2368] , [IG_K-KK_2370] , [IG_K-KK_2374] , [IG_K-KK_2376] , [IG_K-KK_2378] , [IG_K-KK_2380]	196	18
IG_K-JU_2302	20210414	Rüter Vorwarnung an die Vorstände der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg über die Absicht der AOK Bayern der rechtswidrigen Pfändung mit Diebstahl durch das HZA Landshut und Untreue durch die KSK mit Anlagen [IG_K-JU_2301] , [IG_K-KK_2382]	197	3
IG_K-JU_2303	20210422	Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg Eingangsbestätigung	198	1
IG_K-JU_2304	20210507	(Eingang 11-05-2021) Staatsanwaltschaft München I Az 120 Js 138134_21_OStA (Hauptabteilungsleiter) Heidenreich gibt "Strafanzeige gemäß § 152 (2) StPO keine Folge"	199	2
IG_K-JU_2305	20210526	Rüter Beschwerde an Generalstaatsanwaltschaft München über Oberstaatsanwalt als Hauptabteilungsleiter Heidenreich der Staatsanwaltschaft München I (120 Js 138134/21) WEGEN VERMUTUNG: mehrfacher massiver Missachtung StPO (§ 152 (2), §§ 158-177, insb. § 160), 2 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB), 3 Strafreitelungen im Amt (§ 258a StGB), unmittelbarer Verfassungsbruch Art. 20 (3), 103 (1) = Verletzung grundrechtsgleicher Rechte	200	10
IG_K-JU_2306	20210608	(Eingang 20210610) Generalstaatsanwaltschaft München_OStA Schuhmaier_Der Beschwerde wird "keine Folge gegeben"	201	4
IG_K-JU_2307	20210611	Rüter an Reinhard Röttle Generalstaatsanwalt in München cc OStA Schuhmaier_Generalstaatsanwaltschaft München_Reaktion auf "keine Folge" auf Beschwerde_Aufforderung erneute Bearbeitung Beschwerde bitte mit Berechtigung und nach Gesetz	202	5
IG_K-JU_2308	20210609	(20210614 Eingang) StA Bichler bestätigt Eingang Anzeige bei Staatsanwaltschaft München I_Az 123 Js 149526/21 (die OStA Schuhmaier bei der Generalstaatsanwaltschaft am OLG kündigt die Strafanzeige gegen Heidenreich an_die StA Bichler bei der Staatsanwaltschaft I am Amtsgericht bestätigt den Eingang der Anzeige_aber ihr	203	2
IG_K-JU_2309	20210614	Rüter an Staatsanwaltschaft I_angebliche Strafanzeige ist Lüge_verbitte mir Belästigung	204	2
IG_K-JU_2310	20210615	(20210619 Eingang) Staatsanwaltschaft München I_StA Bichler als Gruppenleiterin gibt unterstellter "Strafanzeige keine Folge"	205	2
IG_K-JU_2311	20210625	Rüter an Reinhard Röttle Generalstaatsanwalt in München cc StA Bichler_Generalstaatsanwaltschaft München_Reaktion auf "absehen von Ermittlungsverfahren" nach unterstellter Strafanzeige_Wiederholung der Aufforderung erneute Bearbeitung Beschwerde bitte mit Berechtigung und nach Gesetz	206	8
IG_K-JU_2312	20210624	(20210629 Eingang)_OStA Schuhmaier als "Der Generalstaatsanwalt in München"_gibt Nachklapperer-Bescheid auf "Gegenvorstellung" (Schreiben an Röttle [IG_K-JU_2307])	207	4
IG_K-JU_2313	20210702	Rüter an OStA Schuhmaier cc GStA Röttle_Generalstaatsanwaltschaft München_Reaktion auf "Ablehnung der Gegenvorstellung" ([IG_K-JU_2312])	208	5
IG_K-JU_2314	20210702	Staatsanwaltschaft München I_StA (GL) Garmreiter_kein Ermittlungsverfahren geg OStA Schuhmaier der Generalstaatsanwaltschaft in München wg. Rechtsbeugung	209	2

























Der Beschwerdeführer verweist auf die „Application Form - 71. Anmerkungen“























Es ist einerseits erforderlich für den Nachweis der **Einhaltung der Zulässigkeitsvoraussetzungen gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Konvention** die eingelegten Rechtsmittel und das Datum der letzten Entscheidung aufzuzeigen; es geht aber auch darum zu zeigen, dass nicht nur die Verletzung der Rechte des Beschwerdeführers das Thema ist, sondern dass in gleicher Weise 6,3 Mio Bundesbürger um ca. 20% ihrer Ersparnisse aus Kapitallebensversicherungen betrogen wurden bzw. werden mit einer aktuellen Betrugssumme von ca. 30 Milliarden Euro.
























Es ist deshalb notwendig aus der Anzahl der ca. 750 vorhandenen Beweisdokumente mit über 11000 Seiten („beigefügte Unterlagen“ **S. 1**) geeignet auszuwählen.



















Die der Beschwerde nachfolgend in **ANLAGE 9** ausgewählten und beigefügten Dokumente aus der Verweigerung des **Strafantrags gegen die Verantwortlichen der AOK Bayern wegen Nötigung durch die Staatsanwaltschaft München I und die Generalstaatsanwaltschaft in München** sind in der Übersicht aller hierzu vorhandenen Dokumente **gelb markiert**.


















Die Seitenanzahl in Einzeldokumenten kann ggf. geringer gegenüber der Liste in ANLAGE 3 sein, da z.B. unwichtige Sendenachweise weggelassen wurden.






















		EGMR	
		Seitennummern	
		von	bis
	ANL1_20210926_Struktur der IG Dokumentation & Inhalt der Startseite "ig-gmg-geschaedigte" (EGMR_ohne Bilder)_v4 (19 Seiten).pdf	1	19
		1	
		2	19
	ANL2_Liste der Referenzen BEWEISE (O) (20210926)_EGMR (17 Seiten).pdf	20	36
	(Spezialanfertigung keine gelb/organge Marker)		
	ANL3_Liste der Referenzen BEWEISE (K)_(20210926)_EGMR (31 Seiten).pdf	37	67
	(Spezialanfertigung nur gelbe Marker für Übersandte)		
ANLAGE4		68	199
	ANL4-0_Übersicht Dokumente zur Nichtverbeitragbarkeit der Kapitallebensversicherung (4 Seiten).pdf	68	71
	ANL4-1_Anlage K7.a_Anstellungsvertrag Softlab-Rüter ab 01.01.1984.pdf	72	75
	ANL4-2_Anlage K7.b_Anstellungsvertrag(sergänzung) Softlab-Rüter ab 28.09.1989.pdf	76	80
	ANL4-3_Anlage K7.c_Ergänzung zum Anstellungsvertrag Softlab-Rüter ab 09.01.1998.pdf	81	82
	ANL4-4_Anlage K7.d_Altersteilzeitvertrag Cirquent-Rüter ab 01.12.2009.pdf	83	87
	ANL4-5_Anlage K8.a_19800601_Versorgungsordnung der Firma Softlab.pdf	88	89
	ANL4-6_Anlage K8.b_19810331_Information_Betriebliche Altersvorsorge_Firma Softlab.pdf	90	93
	ANL4-7_[IG_K-KV_2301].pdf	94	103
	ANL4-8_[IG_K-KV_2302].pdf	104	118
	ANL4-9_[IG_K-KV_2303].pdf	119	132
	ANL4-10_[IG_K-KV_2304].pdf	133	148
	ANL4-11_[IG_K-KV_2307].pdf	149	150
	ANL4-12_[IG_K-KV_2308].pdf	151	
	ANL4-13_[IG_K-KV_2309].pdf	152	
	ANL4-14_[IG_K-KV_2310].pdf	153	158
	ANL4-15_[IG_K-KV_2312].pdf	159	161
	ANL4-16_[IG_K-KV_2313].pdf	162	174
	ANL4-17_[IG_K-KV_2314].pdf	175	176
	ANL4-18_[IG_K-JU_201].pdf	177	181
	ANL4-19_[IG_K-JU_202].pdf	182	197
	ANL4-20_[IG_K-JU_203].pdf	198	199

ANLAGE5	200	311
 ANL5-0_Übersicht Dokumente zum Verfahren vor dem SG München (5 Seiten).pdf	200	204
 ANL5-1_Anlage K1.a_20150128_AOK Bescheid (KLV1).pdf	205	208
 ANL5-2_SG01_20150427_Klage Sozialgericht_sb961.pdf	209	210
 ANL5-3_SG02_20150427_Anlage K3.a_20150404 zugestellt_20150327 datiert_AOK Widerspruchsbescheid (KLV1).pdf	211	215
 ANL5-4_SG11_20151125_Ankündigung Ruhe-Beschluss zum 08.12.2015.pdf	216	218
 ANL5-5_Anlage K1.b_20151030_AOK zweiter Bescheid (KLV1-KLV2-KLV3).pdf	219	221
 ANL5-6_20160221_KLAGE 2.pdf	222	223
 ANL5-7_SG19_20160417_Widerspruch SG Annahme Vergleichsvorschlag_Tatsachenfeststellung Rechtsbeugung.pdf	224	225
 ANL5-8_SG23_20160508_Begleitschreiben an SG mit Stellungnahme & überarbeitete Klagebegründung.pdf	226	228
 ANL5-9_SG26_20160508_Anlage 3_20160508_Anträge & Klagebegründung_V2 mit marker.pdf	229	260
 ANL5-10_SG29_20160521_3_Zwei Anträge an SG nach ZPO 423-424.pdf	261	264
 ANL5-11_SG33_20160630_Anlage_Stellungnahme zum AOK Widerspruch vom 15.06.2016.pdf	265	272
 ANL5-12_SG36_20160731_an SG_Adresse Firma_Anmahnung Anträge nach ZPO 423.pdf	273	274
 ANL5-13_SG40_20160812_Anlage_Stellungnahme zum AOK Schreiben vom 01.08.2016.pdf	275	
 ANL5-14_SG45_20160913_Begleitschreiben_zur Stellungnahme zur AOK Erwidern vom 05.09.2016.pdf	276	
 ANL5-15_SG46_20160913_Anlage_Stellungnahme zur AOK Erwidern vom 05.09.2016.pdf	277	280
 ANL5-16_SG54_20160925_Ablehnung Gerichtsbescheid_Forderung mündliche Verhandlung.pdf	281	282
 ANL5-17_[IG_K-SG_23057].pdf	283	284
 ANL5-18_[IG_K-SG_23059].pdf	285	291
 ANL5-19_[IG_K-SG_23060].pdf	292	293
 ANL5-20_[IG_K-SG_23064].pdf	294	306
 ANL5-21_[IG_K-SG_23065].pdf	307	311

ANLAGE6	312	453
 ANL6-0_Übersicht Dokumente zur Verfassungsbeschwerde.pdf	312	313
 ANL6-1_[IG_K-VG_2303].pdf	314	322
 ANL6-2_[IG_K-VG_2304].pdf	323	331
 ANL6-3_[IG_K-VG_2305].pdf	332	370
 ANL6-4_[IG_K-VG_2306].pdf	371	
 ANL6-5_[IG_K-VG_2308].pdf	372	376
 ANL6-6_[IG_K-VG_2309].pdf	377	
 ANL6-7_[IG_K-VG_2310].pdf	378	379
 ANL6-8_[IG_K-VG_2311].pdf	380	387
 ANL6-9_[IG_K-VG_2314].pdf	388	394
 ANL6-10_[IG_K-VG_2315].pdf	395	396
 ANL6-11_[IG_K-VG_2316].pdf	397	398
 ANL6-12_[IG_K-VG_2317].pdf	399	413
 ANL6-13_[IG_K-VG_2318].pdf	414	416
 ANL6-14_[IG_K-VG_2319].pdf	417	418
 ANL6-15_[IG_K-VG_2320].pdf	419	424
 ANL6-16_[IG_K-VG_2321].pdf	425	427
 ANL6-17_[IG_K-VG_2322].pdf	428	429
 ANL6-18_[IG_K-VG_2323].pdf	430	434
 ANL6-19_[IG_K-VG_2324].pdf	435	437
 ANL6-20_[IG_K-VG_2325].pdf	438	439
 ANL6-21_[IG_K-VG_2326].pdf	440	444
 ANL6-22_[IG_K-VG_0005].pdf	445	453

ANLAGE7		454	570
 ANL7-0_Übersicht Dokumente zum Berufungsverfahren vor dem Bayerischen Landessozialgericht.pdf		454	455
 ANL7-1_[IG_K-LG_23021].pdf		456	463
 ANL7-2_[IG_K-LG_23023].pdf		464	467
 ANL7-3_[IG_K-LG_23025].pdf		468	477
 ANL7-4_[IG_K-LG_23028].pdf		478	483
 ANL7-5_[IG_K-LG_23031].pdf		484	485
 ANL7-6_[IG_K-LG_23032].pdf		486	490
 ANL7-7_[IG_K-LG_23033].pdf		491	508
 ANL7-8_[IG_K-LG_23035].pdf		509	512
 ANL7-9_[IG_K-LG_23036].pdf		513	531
 ANL7-10_[IG_K-LG_23037].pdf		532	535
 ANL7-11_[IG_K-LG_23040].pdf		536	538
 ANL7-12_[IG_K-LG_23041].pdf		539	557
 ANL7-13_[IG_K-LG_23042].pdf		558	562
 ANL7-14_[IG_K-LG_23043].pdf		563	565
 ANL7-15_[IG_K-BG_2301].pdf		566	
 ANL7-16_[IG_K-BG_2302].pdf		567	
 ANL7-17_[IG_K-BG_2303].pdf		568	570

ANLAGE8		571	648
 ANL8-0_Übersicht Dokumente Kommunikation mit der AOK Bayern (5 Seiten).pdf		571	575
 ANL8-1_[IG_K-SG_23329].pdf		576	578
 ANL8-2_[IG_K-KK_2351].pdf		579	582
 ANL8-3_[IG_K-KK_2366].pdf		583	586
 ANL8-4_[IG_K-KK_2367].pdf		587	593
 ANL8-5_[IG_K-KK_2368].pdf		594	596
 ANL8-6_[IG_K-KK_2370].pdf		597	599
 ANL8-7_[IG_K-KK_2374].pdf		600	601
 ANL8-8_[IG_K-KK_2376].pdf		602	603
 ANL8-9_[IG_K-KK_2378].pdf		604	605
 ANL8-10_[IG_K-KK_2380].pdf		606	607
 ANL8-11_[IG_K-KK_2381].pdf		608	610
 ANL8-12_[IG_K-KK_2382].pdf		611	
 ANL8-13_[IG_K-KK_2389].pdf		612	613
 ANL8-14_[IG_K-KK_2391].pdf		614	630
 ANL8-15_[IG_K-KK_2394].pdf		631	
 ANL8-16_[IG_K-SG_23512].pdf		632	648

ANLAGE9		649	714
	ANL9-0_Übersicht Dokumente Strafantrag gegen AOK Bayern wg Nötigung.pdf	649	
	ANL9-1_[IG_K-JU_2301].pdf	650	667
	ANL9-2_[IG_K-JU_2304].pdf	668	669
	ANL9-3_[IG_K-JU_2305].pdf	670	679
	ANL9-4_[IG_K-JU_2306].pdf	680	683
	ANL9-5_[IG_K-JU_2307].pdf	684	688
	ANL9-6_[IG_K-JU_2308].pdf	689	690
	ANL9-7_[IG_K-JU_2309].pdf	691	692
	ANL9-8_[IG_K-JU_2310].pdf	693	694
	ANL9-9_[IG_K-JU_2311].pdf	695	702
	ANL9-10_[IG_K-JU_2312].pdf	703	706
	ANL9-11_[IG_K-JU_2313].pdf	707	711
	ANL9-12_[IG_K-JU_2314].pdf	712	713
	(leer)	714	
A10	 20180906_Zusammenspiel_GKVen_BMGS_BSG.pdf	715	721
A11	 20181212_Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen_(v1.2) (ALT 21.08.2019).pdf	722	755
A12	 20190116_Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil I (v1.1_IG-Ref).pdf	756	796
A13	 20200110_Die Versicherer stehen den gesetzl. Krankenkassen in puncto Kriminalität in nichts nach.pdf	797	825
A14	 20200828_Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil III Das Verfassungsgericht_(v5).pdf	826	909
A15	 20200925_Das Treiben der Parteienoligarchie_Kriminalität der gesetzl. KK und des GKV-SVB_wirkungsloses und ungesetzliches Basteln an der Legald	910	954
A16	 20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn_v4.1.pdf	955	1091
A17	 20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte.pdf	1092	1191